Ankunftserklärung von Bundeskanzler Helmut Schmidt vor der Presse in Warschau am 21. November 1977

Herr Erster Sekretär, Herr Ministerpräsident!

Zugleich im Namen meiner Delegation und auch meiner Frau darf ich mich sehr herzlich bedanken für die freundlichen Worte der Begrüßung. Nachdem der für meine Reise ursprünglich vorgesehen gewesene Termin wegen der Ihnen bekannten traurigen Ereignisse im eigenen Lande hat verschoben werden müssen, freue ich mich heute abend ganz besonders, Ihren denkwürdigen Besuch, Herr Erster Sekretär, in der Bundesrepublik Deutschland erwidern zu können.

Dieser Besuchsaustausch ist ein Zeichen, ein Symbol für die Fortschritte, welche die Volksrepublik Polen und die Bundesrepublik Deutschland in der Entwicklung der Beziehungen zueinander erreicht haben. Der Besuchsaustausch hebt zugleich die Bedeutung hervor, die unsere beiden Regierungen, unsere beiden Führungen der Pflege und dem weiteren Ausbau dieser Beziehungen zumessen.

Seit dem Abschluß des Warschauer Vertrages vor sieben Jahren und seit dem Beginn der zweiten Phase, nämlich durch die Gespräche zwischen Herrn Gierek und seiner Delegation und mir in Helsinki im Sommer 1975, haben wir ein großes Stück Weges zurückgelegt und damit Beiträge geleistet für die Verständigung zwischen den Menschen in unseren beiden Ländern, aber auch für die Sicherung des Friedens in ganz Europa. Die Gespräche mit der polnischen Führung, denen ich mit Freude und Erwartung entgegensehe, dienen dazu, unseren Gedankenaustausch fortzusetzen über bilaterale Fragen und über internationale Fragen. Sie dienen auch dazu, Erreichtes zu sichern und für die Zukunft Perspektiven aufzuweisen.

Für mich persönlich bedeutet dieser Besuch ein Wiedersehen mit Polen, das ich zum erstenmal vor elfeinhalb Jahren als einzelner Parlamentsabgeordneter besucht habe, dem schon damals an der Verständigung zwischen beiden Ländern und dem schon damals an der Verständigung zwischen beiden Völkern sehr gelegen war. In Erinnerung an die starken Eindrücke meines damaligen Besuchs vor mehr als einem Jahrzehnt und in Erinnerung an die fruchtbaren Gespräche im Laufe der letzten zweieinhalb Jahre sehe ich der erneuten Begegnung mit den Menschen in diesem schönen Lande mit ihrer Kultur und ihrer bewundernswerten Aufbauleistung und sehe ich unseren Gesprächen voller Erwartung entgegen. Herzlichen Dank!

Ansprache von Bundeskanzler Helmut Schmidt bei der Übergabe der vier Königsbilder und der Urkunde über den deutschen Beitrag zur Ausstattung des Warschauer Schlosses am 21. November 1977

Herr Erster Sekretär, Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren!

Ich muß mit einer kleinen Geschichte beginnen. Wir möchten Ihnen gerne vier alte Bilder bedeutender geschichtlicher polnischer Figuren als ein kleines Gastgeschenk übergeben, aber es hat mit diesem Gastgeschenk seine eigenartige Bewandtnis. Denn eigentlich sollten zwei von diesen vier Bildern Herrn Gierek schon geschenkt werden, als er vor einem Jahr in Bonn war, und die anderen beiden sollte ich heute mitbringen. Aber Sie können an dieser Geschichte erkennen, daß die Deutschen in Wirklichkeit schlechte Organisatoren sind: denn wir haben die beiden Bilder in Bonn vergessen gehabt, als Herr Gierek bei uns zu Besuch war. Und nun sind es also diesmal nicht zwei, sondern alle vier auf einmal, aber wir sind nicht eher in den Saal gekommen, als bis uns amtlich berichtet wurde, daß die Bilder auch tatsächlich angekommen sind. Damit sie nicht wieder vergessen werden, hat das polnische Protokoll dafür gesorgt, daß sie gleich am Beginn des Besuchs abgeliefert werden. Und nun muß ich in meinen Zettel gucken.

Es handelt sich um vier Personen, die schon lange nicht mehr unter uns sind, nämlich König Sigismund I., seine Gemahlin Bona Sforza und deren Tochter Isabella sowie König Sigismund III. Sie stehen alle da hinten an der Wand. Sie machen eine der glanzvollsten Epochen der polnischen Geschichte gegenwärtig und das ganze 16. Jahrhundert; ich vermute, daß wir ihrem Wirken und daß wir dem Geiste ihrer Zeit in Krakau noch ein zweites Mal begegnen werden.

Wir möchten aber auch darüber hinaus ein bißchen beitragen zur Wiederherstellung Ihrer geschichtlichen Schlösser und möchten dazu für das Warschauer Schloß einige kunstgeschichtlich wertvolle Einrichtungsgegenstände, Möbel z.B., Ihnen zur Verfügung stellen. Aber darüber sollen erst polnische und deutsche Experten miteinander reden. Zum Zeichen der Ernsthaftigkeit unserer Absicht haben wir sie in einer Urkunde aufgeschrieben, die später, falls wir es wieder vergessen, von Ihnen angemahnt werden kann. Ich bitte unsere polnischen Gastgeber, diese Mitbringsel zu verstehen als einen Ausdruck des ganz großen Respekts, den es in meinem Volke gibt gegenüber dem Wiederaufbauwillen des polnischen Volkes und gegenüber der Liebe, mit der das polnische Volk seine eigene Geschichte pflegt und die Zeugnisse seiner eigenen Geschichte wiederherstellt.

Lassen Sie mich abschließend wiederholen, was ich am Flughafen schon sagen durfte, nämlich daß Herr Wehner, Herr Engelhard, die übrigen Mitglieder meiner Delegation und daß ich selber den Gesprächen mit Ihnen, lieber Herr Gierek, und mit Ihnen, lieber Herr Jaroszewicz, und mit Ihrer Delegation mit großer Erwartung und mit innerer Bewegung entgegensehe.

Erwiderung von Bundeskanzler Helmut Schmidt auf die Ansprache von Stadtpräsident Majewski im Rathaus von Warschau am 22. November 1977

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Stadtpräsident!

Im Namen meiner Freunde und meiner Mitarbeiter und Begleiter danke ich Ihnen sehr aufrichtig für die guten Wünsche, die Sie uns eben entboten haben, und für den Empfang in dem wiederhergestellten Rathaus, den Sie uns geben. Wir haben auf Einladung des Ersten Sekretärs die Volksrepublik Polen und die Hauptstadt Warschau besucht, weil wir zu unserem Teil daran mitwirken wollen, weil wir zu unserem Teil dazu beitragen wollen, daß die Schrecken der Vergangenheit sich nicht wiederholen.

Wir haben eine Vorstellung davon gewonnen, wie viele Menschen in dieser Stadt im letzten Kriege vom Leben zum Tode gebracht worden sind. Wir haben eine Vorstellung davon gewonnen, wie vollständig diese Stadt zerstört worden ist. Viele Städte und viele Hauptstädte Europas sind zerstört worden und die Zahl der Menschen, die ums Leben gebracht wurden, ist unvorstellbar.

Wir stimmen Ihnen zu, daß wir alle eine große dauernde, das ganze Leben währende Kraftanstrengung brauchen, um dafür zu sorgen, daß dergleichen sich in der zukünftigen Geschichte Europas nicht wiederholt, sondern daß die Völker Europas in Frieden und in Fröhlichkeit ihre Städte wieder aufbauen und ihre Kutur wieder aufbauen und ihr Leben führen können.

Wir haben schon gestern auf dem Wege vom Flughafen in die Stadt und heute morgen bei der Rundfahrt und bei den Besichtigungen einen tiefgreifenden Eindruck bekommen von der ungeheuren Wiederaufbauleistung, die in dieser Stadt vollbracht wurde. Wir möchten Sie und den Stadtrat und insbesondere die Bürgerinnen und Bürger Warschaus zu dieser Leistung sehr beglückwünschen. Was uns besonders beeindruckt, sind zwei Dinge: zum einen die Liebe und die Treue, mit der Sie die historischen Bauten wieder herstellen, so wie sie durch Jahrhunderte gewesen sind, dies rührt ans Herz. Und zum zweiten die Großzügigkeit und Weiträumigkeit, mit der Sie rundherum das neue Warschau aufbauen.

Wenn man den Wiederaufbau dieser Stadt betrachtet und die Probleme, die es dabei zu lösen gibt, so wird einem bewußt, daß der Wiederaufbau einer zerstörten Stadt, ob im Osten Europas oder im Westen Europas, alle Menschen vor sehr ähnliche Fragen stellt. Für diesen Aufbau ist es notwendig, daß man im Osten Europas wie im Westen Europas sich des Friedens sicher fühlen kann und daß man im Vertrauen auf die Zukunft arbeiten kann. Meine Landsleute in der Bundesrepublik Deutschland stimmen Ihnen zu: Es ist für Sie wie für uns die Sicherheit des Friedens in Europa und die Zusammenarbeit untereinander ein kardinales Gebot für unsere Gegenwart und für die Zukunft. Ich bin tief überzeugt, daß beide Völker in dieser Einsicht miteinander übereinstimmen.

Ich möchte Ihnen, Herr Stadtpräsident, und Ihren Kolleginnen und Kollegen und den Bürgerinnen und Bürgern Warschaus sehr von Herzen wünschen, daß wir beide miteinander in diesem Bestreben Erfolg haben und daß unsere Städte schöner sein werden in der Zukunft als in der Vergangenheit.

Vortrag von Bundeskanzler Helmut Schmidt vor dem Institut für Internationale Beziehungen in Warschau am 22. November 1977 über "Die Entspannungspolitik der Bundesrepublik Deutschland"

Sehr geehrter Herr Prof. Resich, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Lassen Sie mich zunächst für Ihre Einladung und für die überaus freundlichen Worte der Begrüßung danken, die Sie eben an meine Freunde, an meine Mitarbeiter und auch an mich gerichtet haben.

Das Polnische Institut für Internationale Angelegenheiten ist uns in Deutschland nicht nur bekannt als eine ausgezeichnete wissenschaftliche Einrichtung, es ist uns zugleich auch bekannt als eine Institution, an der schöpferisch planend in die Zukunft gedacht wird und wo ständig ein fruchtbarer internationaler Meinungsaustausch stattfindet.

Wir erinnern uns dabei besonders auch an Ihren früheren Direktor, Herrn Ryszard Frelek, und an den gegenwärtigen Direktor, Herrn Prof. Dobrosielski, der heute in wichtigen Aufgaben außerhalb Warschaus ist; zum einen ein Außenpolitiker, der historische Bücher und Drehbücher schreibt, und zum zweiten ein Diplomat, der Philosophen übersetzt und vielleicht selber als einer gelten darf. Vor einem solchen Institut und vor seinen Gästen zu sprechen, ist mir eine Ehre und eine Freude.

Mein Thema ist, wie Herr Prof. Resich eben schon gesagt hat, die Entspannungspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Anschließend stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung, sofern Sie Fragen an mich richten wollen. Und vielleicht darf ich für diejenigen unter Ihnen, die meine Muttersprache nicht verstehen, wohl aber einen ausgeschriebenen Text vor Augen haben, gleich ankündigen, daß ich vielleicht an einer oder an zwei Stel-

len von diesem Text etwas abzuweichen beabsichtige. Wir haben ihn zu Hause in Bonn aufgeschrieben. Aber die Eindrücke des heutigen Tages und auch die Eindrücke der Gespräche gestern abend veranlassen mich, ein wenig zu ergänzen.

Ich spreche zu Ihnen als der Regierungschef eines Landes, das genau wie die Volksrepublik Polen keine Großmacht ist, auch keine Großmacht sein will, das sich jedoch seines politischen Gewichtes und auch dieses Gewichts wegen (aber nicht nur des Gewichts wegen!) seiner Mitverantwortung für den Frieden Europas durchaus bewußt ist.

Unsere beiden Staaten gehören zwar zu verschiedenen, ja man kann wohl ruhig sagen, zu gegensätzlichen Gesellschafts- und Bündnissystemen, aber ihre gemeinsame geographische Lage mitten im europäischen Spannungsfeld, im Spannungsfeld des letzten Jahrhunderts und insbesondere der letzten Jahrzehnte, hat die beiden Länder zum politischen Dialog und zu fruchtbaren Vereinbarungen finden lassen über vielerlei Barrieren hinweg.

Zeitweise hatte die ideologische Teilung unseres Kontinents verdrängt, daß beide, daß Polen und Deutsche Mitteleuropäer sind. Wir sind der östliche Teil des westlichen Europa, so wie Polen zum westlichen Teil des östlichen Europa gehört.

Wir wollen nicht vergessen, daß Entspannung noch kein Endziel ist, auch kein Zustand, mit dem die Politik sich begnügen könnte; denn Entspannung kann ja die Gegensätze, auch den geistigen und ideologischen Ursprung von Konflikten, noch nicht aufheben. Vielmehr betrachten wir Entspannung als einen Prozeß der Einschränkung, der Kontrolle, der Mäßigung von Interessengegensätzen. Entspannung muß von den Gegensätzen ausgehen als von gegebenen Realitäten. Und wir meinen, daß man von dem, was wirklich ist, ausgehen muß, wenn man herausfinden, wenn man ausloten will,

was möglich ist, wenn man Politik, wenn man Entspannungspolitik als Kunst des Möglichen betreiben will.

Ich denke, zu den Realitäten in Ost und West in Europa gehören durchaus auch einige gemeinsame Wertvorstellungen, auch wenn sie oft und meistens verschieden benannt und definiert werden. Es ist z.B. ein auf gemeinsamen Werten beruhendes, uns allen gegemeinsames Ziel, den Menschen den Frieden zu sichern, den Frieden und den Wohlstand. Zwar mag umstritten sein, wie die Debatten dieses Jahres 1977 zeigen, auf welchem Wege man zur Verwirklichung der Menschenrechte kommt, nicht aber umstritten ist ihre Bedeutung für das menschliche und für das politische Miteinander, für die Zusammenarbeit.

Solche Werte - und das wissen wir als Deutsche wie auch als Polen - gehören zu den gemeinsamen Grundvorstellungen Europas, die gehören zugleich zum geschichtlichen Erbe, zum humanistischen Erbe, zum christlichen Erbe, auch zu dem Erbe der großen Freiheitskämpfe und Revolutionen in Europa. Bei uns in Deutschland sind nach den Jahren der faschistischen Unrechtsherrschaft die Grundrechte zu den Grundpfeilern unserer Verfassungsordnung in der Bundesrepublik Deutschland geworden. Sie sind außerdem in internationalen Verträgen und Konventionen verankert. zuletzt in der Schlußakte von Helsinki. Ich denke. daß der in Helsinki bestätigte grundsätzliche Konsensus in seiner Bedeutung für die Entspannung nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, auch wenn die Wirklichkeit noch einige Zeit hinterherhinken wird.

Polen kann, wie wir wissen, auf eine geschichtliche Tradition weltanschaulicher Toleranz zurückblicken, obschon die polnische Nation zu allen Zeiten ihren Überzeugungen treu geblieben ist. Daß für die Deutschen nach den Erfahrungen der faschistischen Diktatur die Menschen- und Bürgerrechte ebenso wie das Friedensgebot zu unverzichtbaren Werten geworden sind, das bedeutet für uns auch, daß unsere zwischenstaat-

liche Politik stets auch die zwischenmenschlichen Beziehungen im Auge hat, nicht bloß die Staaten im Auge hat, sondern auch das Los der einzelnen Menschen.

Die Entspannungspolitik, die den Kalten Krieg überwunden hat, beruht auf der Erkenntnis, daß eine Politik der Konfrontation nur allzuleicht eine unheilvolle Kette von Ereignissen in Gang setzen könnte, die schließlich von keiner Seite mehr zu kontrollieren wäre, mit der möglichen Folge, daß die Welt in das Chaos eines nuklearen Krieges gestürzt würde.

Deshalb will die Entspannungspolitik die Kooperation, die Zusammenarbeit. Deshalb versucht die Entspannungspolitik dort, wo es möglich ist, Felder für eine Zusammenarbeit zu finden, abzustecken und hierbei den Ausgleich zwischen den Interessengegensätzen zu suchen und zu finden.

Entspannungspolitik setzt deshalb voraus, daß die jeweiligen eigenen Interessen und jeweils die Interessen der anderen Seite richtig erkannt werden, d.h. ihrem Gewichte entsprechend erkannt werden. Sie verliert die Unterschiede der Interessenlage keineswegs aus dem Auge, aber sie konzentriert sich auf die Suche nach Gemeinsamkeiten. Und dort, wo sie solche Gemeinsamkeiten findet, dort führt sie auf Vereinbarungen hin und dort führt sie auf diese Weise zu einem allmählichen Ausbau des gemeinsamen Grundes, auf dem die friedliche Zukunft der Menschen, auf dem die friedliche Zukunft der Völker gesichert werden kann.

Wir Deutschen haben in dem Zusammenhang nichts dagegen, daß sich damit zugleich ein freier Wettbewerb der Ideen zwischen Ost und West verbindet, ein Wettbewerb, der durch den ungehinderten Fluß von Informationen, von Gedanken, von Menschen nur gefördert werden kann.

Entspannungspolitik ist nicht bloß ein Begriff, nicht nur ein Wort, sondern Entspannungspolitik ist imstande, tätig etwas zu bewirken, sie ist imstande, etwas zu ändern. Sonst wären wir heute nicht in Warschau zu Gast. Wenn man sich einmal zehn Jahre zurückversetzt und vergleicht, wie es damals vor zehn Jahren im Verhältnis zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland ausgesehen hat, dann ergibt sich wohl (abgesehen von der Geographie, welche die gleiche geblieben ist und abgesehen von der Psychologie vereinzelter Gruppen auf beiden Seiten), daß es beinahe nichts gibt im Verhältnis zwischen beiden Staaten und zwischen beiden Völkern, das heute noch genauso ist wie damals vor zehn Jahren.

Der Warschauer Vertrag hat das Verhältnis zwischen unseren Staaten vom Grunde her gewandelt. Wenn wir z.B. daran denken, daß noch in den 60er Jahren die Grenzfragen unüberwindlich schienen – heute ist dies Vergangenheit.

Nun können wir keineswegs darauf vertrauen, daß in den nächsten zehn Jahren und daß in der Zukunft die Entspannungspolitik sozusagen von allein weiterläuft, sondern die Entspannungspolitik verlangt dauernde Bemühungen beider Seiten, auch jedes einzelnen Staats innerhalb der beiden Bündnissysteme. Und wir können das und wir Deutschen wollen das nicht den beiden Großmächten allein überlassen. Ich denke, es liegt im ureigenen Interesse der mittleren Mächte, der kleineren Mächte Europas, daß sie selbst einen Beitrag zur Minderung der Spannungen leisten und daß sie nicht nur quasi passiv über den Atlantik nach Westen oder nach Osten in Richtung auf den Ural schauen.

Ich hoffe, meine Damen und Herren, daß diese Bemerkung nicht mißverstanden werden wird als irgendein Gedankenspiel mit Alleingängen, sondern ich möchte es so verstanden haben, wie vor mehr als 100 Jahren Ihr Dichter Adam Mickiewicz es gesagt hat. Er schrieb: "Die Lage Europas ist heute so, daß ein Volk unmöglich den Weg des Fortschritts getrennt von anderen Völkern beschreiten kann, ohne sich selbst und somit die gemeinsame Sache zu gefährden." Das war 1849, und ich denke, es gilt genauso heute erst recht.

Nachbarschaft ist zunächst durch die Geographie vorgegeben. Polen und Deutsche sind aber nicht nur durch die geographische Lage, sondern auch durch ihre Geschichte, durch ihre gemeinsame Geschichte einander zugeordnet, im Guten wie im Bösen. Wir wissen und deutsche wie polnische Historiker haben es inzwischen in gemeinsamer Bemühung neu entdeckt, wieder entdeckt -, daß es außer den Zeiten der Feindschaft, des Hasses, ja der Unmenschlichkeit, daß es außerdem lange Epochen der Gemeinschaft und des Austausches gegeben hat, ja sogar der fruchtbaren Symbiose.

Über Jahrhunderte haben Polen und Deutsche miteinander, ja vielfach so nahe miteinander gelebt, daß es an vielen Orten schwerfiel, sie zu unterscheiden. Später hat dann die Überbetonung der nationalen Unterschiede dieses sehr nahe Miteinander verdrängt oder aufgehoben und oft in ein Gegeneinander verwandelt. Und oft ging die Trennung selbst durch die Familien hindurch. Das hat vielfach zu schweren menschlichen Schicksalen geführt. Aber ich stelle die Frage, ob man nicht zugleich auch etwas Verbindendes darin sehen darf, wenn eine Familie zugleich polnisch und zugleich deutsch ist.

Ich habe z.B. den Streit darüber, ob Copernicus ein Deutscher war oder ein Pole, nie recht ernst nehmen können. Ich denke, Copernicus oder Veit Stoß zeigen doch nur, daß Polen und Deutsche viel Gemeinsames hatten und haben. Vielleicht sollten wir sogar Copernicus zum Schutzpatron ernennen für das deutschpolnische Forum.

Es ist der Nationalismus gewesen, der die jahrhundertelangen Gemeinsamkeiten wie eine Krankheit vergiftete. Keines unserer beiden Völker ist gegen diesen Bazillus immun gewesen. Aber mit den Verbrechen Hitlers hat seine Auswirkung ein völlig unvergleichliches Ausmaß erreicht. Im Namen Deutschlands und durch Deutsche ist über Millionen Menschen unermeßliches Leid gebracht worden - in Polen, auch in vielen anderen Ländern Europas und auch in Deutschland selbst.

Generationen von Deutschen werden noch vor der Geschichte Europas Rechenschaft ablegen müssen von Hitler, von Auschwitz, von Oradur. Und es wäre gewiß vermessen zu glauben, daß all das gleichsam mit der Unterschrift unter einem Vertrage aus dem Gedächtnis zu tilgen wäre oder aus dem Gedächtnis überhaupt vergessen werden dürfte. Diés konnte gewiß auch nicht der Sinn des Warschauer Vertrages sein.

Wir denken, daß ein klares Verhältnis zur Gegenwart jedes Volk nur dann finden kann, wenn es sich seiner Geschichte, wenn es sich seiner Vergangenheit bewußt ist und wenn es sich bewußt und bewertend mit seiner eigenen Geschichte beschäftigt. In solchem Bewußtsein war unser Vertrag von 1970 ein erster großangelegter praktischer Versuch zur Bewältigung der Vergangenheit.

In den seither vergangenen sieben Jahren ist die für die Entspannung in ganz Europa so überaus wichtige Verständigung zwischen unseren beiden Ländern und ihren Menschen stetig vorangekommen. Und durch den Warschauer Vertrag - so kann man es, glaube ich. sagen - hat damals die erste Phase des deutsch-polnischen Normailisierungs- und Annäherungsprozesses ihren Höhepunkt, ihren Akzent gefunden.

In meiner Sicht wird die zweite Phase bezeichnet durch die Vereinbarungen, die der Erste Sekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Edward Gierek. und ich im Sommer 1975 in Helsinki getroffen haben. Wir konnten damals befriedigende Regelungen finden für humanitäre Fragen, die für beide Völker und für viele Menschen in beiden Völkern so wichtig sind.

Auf dieser Grundlage kam es dann im Juni des vorigen Sommers zu Edward Giereks erfolgreichem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland, und - wie dann der weitere Verlauf des Jahres 1977 bis heute zeigt zur Eröffnung eines vertrauensvollen politischen Gesprächs auf vielerlei Ebenen. Die 1975 von Bundesminister Genscher in Warschau unterzeichneten deutsch-polnischen Vereinbarungen - das muß ich hier einräumen - sind innerhalb meines Landes zunächst nicht ohne Kritik geblieben, und Sie wissen, daß die Bundesregierung der Koalition aus Freien Demokraten und Sozialdemokraten erhebliche Anstrengungen unternehmen mußte, um in unserem Bundesrat die Zustimmung der Mehrheit der Länder zum Rentenabkommen zu erlangen. Heute kann ich mit Befriedigung sagen, daß es uns gelungen ist, die Mehrheit unserer politischen Kräfte, und zwar nicht nur in den beiden Koalitionsparteien, von denen Sie vorhin sprachen, Herr Prof. Resich, sondern quer durch die Parteien, über die Regierungskoalition hinaus in die Opposition hinein, davon zu überzeugen, daß diese Politik richtig ist.

Es ist wahr: unter denjenigen Bürgern der Bundesrepublik Deutschland, die aus dem früheren Ostdeutschland stammten, aus dem heutigen Westpolen, sind einige bitter geblieben, manche sogar tief verbittert. Aber dem steht gegenüber, daß ein anderer Teil, bemerkenswert durch seine Qualität, in der vordersten Reihe derer stand und weiterhin stehen wird, in der vordersten Reihe derer, die den Ausgleich mit Polen gewollt und begonnen und ihn schließlich bis zum bisherigen Erfolg gebracht haben. Und es sind Träger berühmter Namen darunter.

1970 hat es in dem gemeinsamen Kommuniqué am Ende des Besuchs von Bundeskanzler Willi Brandt hier in Warschau folgendermaßen geheißen, bezugnehmend auf den Warschauer Vertrag: "Seine Verwirklichung zieht einen Schlußstrich unter die Vergangenheit und soll die Voraussetzungen schaffen für eine Wende in den Beziehungen zwischen beiden Staaten." Ich denke, daß man heute rückblickend sagen darf, daß die Wende tatsächlich eingetreten ist.

Für uns Deutsche ist Entspannungspolitik noch in einer besonderen Weise bedeutsam, weil wir in zwei

Staaten leben. Ich muß vor polnischen Zuhörern den Begriff der Nation und seine Bedeutung für den Menschen gewiß nicht näher erläutern. Ich weiß aber auch, daß die Erinnerung an die Teilungen Polens, daß die Erinnerung an den beharrlichen Patriotismus der Polen. mit dem die Polen sich dagegen wehrten, sich abzufinden mit dem Verlust ihrer Staatlichkeit, sich abzufinden mit ihrer Geteiltheit, daß solche Erinnerungen an die eigene nationale Geschichte der Polen noch nicht unbedingt die Ohren eines polnischen Patrioten öffnen können für die patriotische Klage eines Deutschen.

Und soviel Verständnis Sie als Polen wohl dafür aufbringen können, daß die Bundesrepublik Deutschland nach einem Friedenszustand in Europa strebt, der die staatliche Einheit der Deutschen in freier Selbstbestimmung möglich machen könnte, so sehr - dessen sind wir uns bewußt - mögen Sie als Polen andererseits eben diese Möglichkeit durchaus fürchten: ich könnte das sogar begreifen. Es gehört zu der Bürde der Vergangenheit, von der ich schon sprach und mit der wir leben müssen. Und doch möchte ich Ihnen gerne zwei Überlegungen zu bedenken geben, die solche Befürchtungen - wenn schon nicht beseitigen - so doch mildern könnten:

Zum einen glaube ich, daß der Nationalstaat in Europa im weltweiten Spannungsfeld des Atomzeitalters, im weltweiten Entspannungsfeld des Atomzeitalters nie mehr jene große Rolle spielen kann, die er bis zur Mitte dieses Jahrhunderts gespielt hat.

Und zweitens: Die Frage der staatlichen Einheit Deutschlands ist auf absehbare Zeit nicht lösbar: darüber machen sich in beiden Teilen Deutschlands nur sehr wenige Menschen eine Illusion.

Aus diesen Erkenntnissen heraus haben wir uns in Bonn zur Vertragspolitik mit der Deutschen Demokratischen Republik entschlossen, die das den beiden deutschen Staaten gemeinsame Interesse in den Mittelpunkt stellt. Wir haben die Änderung dessen, was die DDR von uns unterscheidet, keineswegs zur Bedingung der Annäherung gemacht, und dies gilt wechselseitig. Wir glauben, daß wir damit den Menschen in Deutschland und dem Frieden in Europa insgesamt den besten Dienst erweisen und haben deshalb einen Modus vivendi für das Nebeneinander der beiden deutschen Staaten gesucht; wir glauben, ihn im Grundlagenvertrag zwischen den beiden deutschen Staaten gefunden zu haben, ja darin auch einen Ausgangspunkt gefunden zu haben, von dem aus auch ein Miteinander entwickelt werden kann

Es kommt nun darauf an, daß sich alle Seiten an diese Grundlagen halten und nicht versuchen, die bewußt offengelassenen Grundsatzfragen von neuem aufzuwerfen. Wir bemühen uns vor allem geduldig um Verbesserung für die Menschen, und ich glaube, daß alle Seiten in Europa daran interessiert sind.

Lassen Sie mich ein Wort zu Berlin einfügen. Berlin ist in den Entspannungsprozeß eingebettet worden. Eine dreißigjährige Erfahrung hat gelehrt, daß das westliche Berlin am meisten unter Ost-West-Spannungen leidet und hat gelehrt, daß es den größten Gewinn hat von der Entspannung, Das Vier-Mächte-Abkommen zeigt dies. Die Bundesregierung wird sich in ihrer Berlin-Politik auch weiterhin unverändert von der "strikten Einhaltung und vollen Anwendung" dieses Abkommens leiten lassen, wie sie bei dem Besuch von Generalsekretär Breschnew bei Bundeskanzler Brandt in Bonn im Jahr 1973 formuliert und vereinbart wurde.

Ich sehe einem neuen zweiten Besuch von Generalsekretär Breschnew in Bonn mit Erwartung entgegen und bin zuversichtlich, daß die Begegnung mit dem Generalsekretär den bilateralen Beziehungen weiteren Auftrieb geben wird. Gleichzeitig hoffe ich, daß diese erneute Begegnung auch den Bemühungen um mehr Zusammenarbeit zwischen Ost und West im multilateralen Rahmen neue Impulse gebe wird auf politischem Gebiet, auf abrüstungspolitischem Gebiet und auf wirtschaftlichem Gebiet.

Die Entspannungspolitik ist nicht nur eine Notwendigkeit zwischen einzelnen Staaten, sie hat Europaweite, sie hat weltweite Dimensionen. Die Politik eines einzelnen Staats kann deshalb nur dann dauerhaft Erfolg haben, wenn sie im Einklang mit den überragenden Interessen beider Seiten, aller Seiten ist.

Es gibt ein gemeinsames, alles andere überragendes Interesse, das Ost und West verbindet, das ist, die Gefahren für den Frieden zu mindern, die in einem ungehemmten Wachstum der strategischen- und der konventionellen Rüstungen in Ost und West verborgen sind. Ohne einen substantiellen Abbau der militärischen Konfrontation wäre auf die Dauer politische Entspannung nicht glaubhaft, und sie wäre wohl auch nicht dauerhaft.

Deshalb ist die Bundesregierung der Meinung, daß die bisherigen Vereinbarungen und daß die laufenden Verhandlungen zwischen den USA und der Sowietunion zur Begrenzung strategischer Nuklearwaffen daß diese Verhandlungen und Vereinbarungen ein zentrales Element weltweiter Entspannungsbemühungen sind. Oder in anderen Worten: SALT hat, obwohl nur bilateral zwischen den beiden Weltmächten geführt, gleichwohl globale Wirkungen und Konsequenzen. Aus meinen Gesprächen mit Präsident Carter weiß ich, daß auch die neue amerikanische Administration daran festhält, einen Ausgleich über die Gegensätze hinweg zu suchen und daß sie einem erfolgreichen Abschluß der gegenwärtigen SALT-Verhandlungen eine große Bedeutung beimißt.

Meine Regierung ist davon überzeugt, daß das Interesse der Sowjetunion an einem solchen Abschluß nicht geringer ist. Mir scheint es nicht verwunderlich, wenn es bei der Komplexität dieser für Sicherheit und Frieden so bedeutsamen Materie vorübergehend auch zu Stockungen und zu Verzögerungen kommt. Die letzte Entwicklung, so denken wir, weist darauf hin, daß Aussicht besteht auf eine baldige Einigung der beiden Weltmächte.

Nun meinen wir aber, daß wir alle ein vitales Interesse auch daran haben, daß nicht nur für die Rüstungen Höchstgrenzen verabredet werden, sondern daß wir darüber hinaus zu echten Reduzierungen kommen. auch um die großen Summen, die jetzt für strategische Waffensysteme ausgegeben werden, wenigstens teilweise produktiverer Verwendung zuzuführen.

Lassen Sie mich das SALT-Thema verlassen mit der abschließenden Bemerkung, daß das Ziel von SALT, im strategischen Bereich Parität herzustellen zwischen Ost und West, nicht dazu führen darf, daß europäische Ungleichgewichte verstärkt werden. Dadurch gewinnen die Bemühungen, bei den Wiener Verhandlungen zu ausgewogener, beiderseitiger Truppenverminderung zu kommen, eine zusätzliche Bedeutung. Wir sind überzeugt, daß diese Verhandlungen einen wesentlichen Fortschritt bei der Sicherung des Friedens in Europa erbringen können.

Und ich denke, die Leitlinien, an denen sich ein für beide Seiten annehmbares Ergebnis der Verhandlungen in Wien orientieren muß, ergeben sich aus dem Prinzip der gleichen Sicherheit, das ja auch den SALT-Verhandlungen zugrunde gelegt ist. Etwas konkreter bedeutet dies, daß eine Einigung auf der Grundlage der Parität der erfaßten Truppenstärken im Reduzierungsgebiet sowie der Kollektivität der Obergrenzen für beide Seiten gefunden werden muß.

Es kann nicht Aufgabe der MBFR-Verhandlungen sein, die gegenwärtig in Mitteleuropa bestehenden Ungleichgewichte zu verfestigen. Nationale Höchststärken wären nach unserer Sicht mit dem Prinzip der gleichen Sicherheit unvereinbar, da sie zur Diskriminierung führen zwischen solchen Teilnehmerstaaten, deren gesamte Streitkräfte erfaßt werden, und anderen Teilnehmerstaaten, deren Truppen nur zu einem Teil einer internationalen Kontrolle unterworfen würden.

Wir halten es für einen wichtigen Schritt, daß die Delegationen in Wien seit einiger Zeit versuchen, in der international so genannten Datendiskussion konkrete und unstreitige Bemessungsgrundlagen herauszufinden.

In diesem Zusammenhang setzt sich die Bundesregierung im Kreise unserer Verbündeten für besondere Überlegungen ein, welche die Wiener Verhandlungen voranbrinen sollen.

Sie haben, Herr Prof. Resich, liebenswürdigerweise bei Ihren einleitenden Bemerkungen auf einige Gedanken (oder Bücher) hingewiesen, die ich zu diesen Themen im Laufe der letzten 20 Jahre geäußert habe. Lassen Sie mich darauf antworten, daß uns sehr wohl bewußt ist, daß gerade von polnischer Seite im Laufe der letzten beiden Jahrzehnte bemerkenswerte Vorschläge zur Rüstungskontrolle in Europa gemacht worden sind. Vielleicht darf ich an dieser Stelle besonders des verstorbenen Außenministers Adam Rapacki gedenken, mit dessen Namen polnische Vorschläge zur Rüstungsbegrenzung in Europa verbunen waren, die der Erinnerung wert sind, wenn auch inzwischen ihre Bedeutung durch die technische und militärpolitische Entwicklung der dazwischen liegenden beiden Jahrzehnte relativiert ist.

Ich halte es für bedeutsam, daß die Delegationen aus unseren beiden Ländern an der für die weitere Entwicklung Europas so wichtigen Wiener Konferenz be-

teiligt sind.

Mein Land, das schon vor vielen Jahren auf atomare, auf biologische und auf chemische Waffen verzichtet hat, beteiligt sich an den weltweiten Bemühungen um Abrüstung aktiv. Wir leisten unseren Beitrag zu der für den Sommer 1978, im nächsten Jahr also, geplanten Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen über Abrüstung, von der wir wertvolle Impulse erwarten für laufende und für neue Verhandlungen in einzelnen Teilbereichen. Wir arbeiten gleichzeitig aktiv in den Genfer Abrüstungsverhandlungen und bemühen uns, zu konkreten Resultaten, z.B. zu einem Verbot chemischer Waffen und einem umfassenden Stoff für Nuklearwaffentests, beizutragen. Ich darf sagen, daß die Vorschläge, die Generalsekretär Breschnew in seiner Rede am 2. November in diesem Herbst gemacht hat zu Abrüstung, zur Rüstungskontrolle gewiß auf westlicher Seite gewissenhafte Prüfung finden werden.

Für Sie, meine Damen und Herren, ebenso wie für uns Deutsche, steht die Entspannung in Europa im Vordergrund unseres Interesses. Hier in Europa stoßen mancherlei Gegensätze, von denen ich andeutungsweise sprach, hart aufeinander. Nirgendswo ist deshalb die Notwendigkeit, Gemeinsamkeit zu finden, so groß wie hier.

Auf der Schlußkonferenz in Helsinki hatte ich die Aufgabe, für mein Land die Schlußakte zu würdigen. Ich habe damals ausgeführt:

"Zum erstenmal sind hier in den Dokumenten dieser Konferenz wichtige Formeln des Friedens durch Entspannung, des Friedens durch Zusammenarbeit in Ost und West als gemeinsame politische Absicht niedergeschrieben worden. Und damit sind Maßstäbe gesetzt worden."

Und ich habe hinzugefügt, daß es darauf ankommt, wie die beteiligten Regierungen sich in der Zukunft an diesen Maßstäben orientieren, wie weit die Ziele Helsinkis in die Wirklichkeit und wie schnell die Ziele Helsinkis in die Wirklichkeit übertragen werden.

Weil wir an diesen Maßstäben festhalten, deshalb tragen wir auch bei der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad nach besten Kräften dazu bei, daß in möglichst nüchterner und offener Weise Bilanz gezogen wird hinsichtlich dessen, was von der Schlußakte inzwischen verwirklicht ist, und ebenso hinsichtlich dessen, was zukünftig zu

dem Ziel einer verbesserten, einer erweiterten Anwendung der Schlußakte noch geschehen sollte.

Ein realistischer Politiker hat nicht erwartet, daß in Belgrad schon alles gelöst werden kann, was seit Helsinki noch zu tun offengeblieben war. Auch die Belgrader Folgekonferenz ist nur eine Etappe in einer Kette gemeinsamer Schritte, die uns den Entspannungszielen näher bringen sollen. Ich denke, daß die gelegentlich auch kontroversen Aussprachen, die es zu verschiedenen Sektoren der Schlußakte in Belgrad gegeben hat, diesem Ziel keineswegs schädlich gewesen sind. Denn wenn wir nicht offen aussprechen, was uns heute trennt, so werden wir auch nicht wissen, was wir morgen zu unternehmen haben, um unsere Standpunkte, um unsere praktische Politik einander anzunähern.

Wir begrüßen, daß in Belgrad von allen Seiten eine große Zahl von Vorschlägen eingebracht worden ist, und wir hoffen, daß sich aus ihnen möglichst viele konstruktive Initiativen herauskristallisieren lassen, die von allen Teilnehmern getragen werden und die Anstöße geben zu künftiger Verwirklichung der vielen in der Schlußakte von Helsinki bezeichneten Vorhaben.

Das Zusammenleben der Völker, die Entfaltung des Individuums in der Gesellschaft, die wirtschaftliche Zusammenarbeit, die Zunahme des kulturellen Austausches, die Lösung humanitärer Probleme, die Entwicklung von Kontakten aller Art, mehr Information übereinander – all dies muß noch weiter entfaltet und verbessert werden.

Zu Anfang der 70er Jahre ging es darum, der Entspannungspolitik zum Durchbruch zu verhelfen. Inzwischen haben wir für sie in Europa ein durchaus solides Fundament geschaffen. Ein Netz von Verträgen, von zweiseitigen und von mehrseitigen Verträgen, und die Schlußakte von Helsinki verbinden die Staaten in Ost und West. In der gegenwärtigen Phase der Entspannungspolitik gibt es keinen spektakulären Fortschritt. Vielmehr ist Entspannungspolitik Alltagsarbeit

geworden, aber das heißt nicht Routinearbeit geworden. Ich sage in meinem Lande häufig in öffentlichen Vorträgen und Reden: Entspannungs- und Friedenspolitik ist eine Sache, über die man nicht nur am Sonntag redet, sondern für die man Montag und Dienstag und Mittwoch und Donnerstag und Freitag und Sonnabend und Sonntag arbeiten muß, eine Alltagsarbeit – im Sinne einer Arbeit für alle Tage!

Gerade wegen der heute fehlenden publizistischen Dramatik erscheint es mir um so wichtiger, daß wir zäh weiterarbeiten und daß wir konsequent weiterarbeiten. Und wo früher Mut gebraucht worden ist, ist heute Ausdauer notwendig. Wenn wir die Ausdauer nicht aufbringen sollten, dann droht die Gefahr, daß versandet, was im ersten Abschnitt der Entspannungspolitik erreicht worden ist.

Aber zugleich muß man dem verbreiteten Eindruck entgegentreten, daß die Vertreter einer entschiedenen Entspannungspolitik weich seien oder daß sie nachgiebig seien oder daß sie sogar leichtgläubig seien. In vielen Teilen der Welt steht es einem Poltiker besser, als "Falke" zu gelten denn als "Taube". Starke Worte, laute Forderungen, demonstrative Härte – all das ist an manchen Orten populär; und an manchen Orten geraten die Vertreter der Vernunft – und das sind je die Entspannungspolitiker – schnell in die Lage, sich verteidigen oder gar rechtfertigen zu müssen. Deshalb denke ich, daß wir noch mehr Mut brauchen bei der Sicherung des Friedens, noch mehr Tapferkeit bei der Durchsetzung von Kompromissen auch im jeweils eigenen Lande. Die Entspannung muß dauernd erkämpft werden.

Natürlich sage ich dies alles aus den Erfahrungen meines Landes. Ich will nicht beurteilen, ob und wieweit es auch für Polen gilt. Sicher aber erscheint mir, daß Polen und daß Deutsche sich in ihrem Engagement für die Überwindung der Ost-West-Schranken sehr ähnlich sind. Vor anderthalb Jahren hat Edward Gierek bei seinem Besuch in Bonn gesagt: "Ich bin der Mei-

nung, daß es unsere gemeinsame Pflicht ist, die Pflicht der Generation, die viel erlebt und erfahren und auch viel verstanden hat, eine neue Zukunft zwischen unseren Staaten zu gestalten."

Unsere Warschauer Gastgeber haben uns heute vormittag diese wunderschön wiederaufgebaute Stadt gezeigt, die neuen Stadtviertel, aber auch die wiederhergestellte Altstadt, das im Wiederaufbau befindliche Königsschloß, und sie haben uns einen Film gezeigt über die mutwillige Zerstörung Warschaus im Kriege, das dem Erdboden gleichgemacht werden sollte. Ich denke, ich darf für meine Kollegen und Freunde und für meine Mitarbeiter zugleich sagen, daß uns dieser Film zugleich sehr zu Herzen gegangen ist und daß er sich in unserem Bewußtsein festgesetzt hat. Vielleicht ist es nützlich, auch wenn man im Bewußtsein keinen Zweifel hat über die grauenhaften, schreckliche Schicksale, die im 2. Weltkrieg über Millionen und Abermillionen von Menschen gebracht worden sind, und über die schrecklichen Schicksale, die Hitler über Europa gebracht hat - vielleicht ist es nützlich, sich über dieses Bewußtsein hinaus an einem solchen Zeugnis wie dem kurzen Film heute vormittag auch vom Herzen her immer wieder daran erinnern zu lassen, daß jeder von uns die Pflicht hat, alles zu tun, auf daß die Schrecken der Vergangenheit sich nicht wiederholen.

Ich darf Ihnen sagen, meine Damen und Herren, die weit, weit überwiegende Mehrheit jener Generation von Deutschen, die die Greuel der faschistischen Diktatur und die Greuel des 2. Weltkrieges miterlebt hat, aber auch die weit, weit überwiegende Mehrheit der jungen Deutschen, die damals erst Kinder waren oder die erst später geboren worden sind, sind sich der Pflicht sehr wohl bewußt, von der Edward Gierek in Bonn sprach, nämlich der gemeinsamen Pflicht, eine neue Zukunft zwischen unseren Staaten zu gestalten. Ich bin ganz überzeugt davon, daß auch die jungen Generationen, für die jene Vergangenheit Geschichte ist, von der man

hört, von der man liest, deren Zeugnisse man betrachtet, die man nicht selbst erlebt hat – daß auch die jungen Generationen auf dem von uns eingeschlagenen Wege der Entspannungspolitik weitergehen werden zur Erhaltung des Friedens in Europa und in der Welt. Herzlichen Dank!

Diskussion im Anschluß an den Vortrag von Bundeskanzler Helmut Schmidt über das Thema "Die Entspannungspolitik der Bundesrepublik Deutschland"

Frage: Die öffentliche Meinung verfolgt die Wiener Verhandlungen über die Reduzierung der Truppen und Rüstungen. Man hört öfter, daß Sie großes Gewicht auf diese Wiener Verhandlungen legen und nach konkreten Ergebnissen streben bei diesen Verhandlungen. Sie, Herr Bundeskanzler, haben sich über diese Frage auch in Ihrer Rede auf dem SPD-Parteitag im Hamburg geäußert. Sie haben dort festgestellt, daß die künftige Wiener Vereinbarung eine Ergänzung der SALT-Vereinbarungen darstellt. Könnten Sie etwas breiter diese sehr interessante Frage erläutern, Herr Bundeskanzler?

Antwort: Ich denke, daß, von Europa aus gesehen. die SALT-Vereinbarungen, die angestrebt werden, und die MBFR-Verhandlungen, die auch zu Vereinbarungen führen sollen, im gleichen Range stehen. Es mag oberflächlich klingen, gleichwohl bin ich überzeugt, daß die SALT-Verhandlungen relativ einfacher zum Erfolg zu führen sind als die Wiener MBFR-Verhandlungen, und zwar deshalb, weil es bei SALT nur zwei Partner gibt und bei MBFR ein Dutzend Partner und weil bei den SALT-Verhandlungen die beiden Weltmächte zwar ihre jeweiligen Verbündeten konsultieren, aber doch im wesentlichen die Entscheidung bei ihnen liegt. Bei den Wiener MBFR-Verhandlungen kann kaum einer der teilnehmenden Staaten sich ohne sorgfältige Rücksicht auf seine jeweiligen Bündnispartner bewegen. Und das letztere ist gar nicht so einfach.

Diese Bemerkung zielt natürlich nicht ab auf das Verhältnis unter den Bündnispartnern des Warschauer Paktes, das zu beurteilen ich mir nicht herausnehmen würde, jedenfalls nicht öffentlich, sondern ich spreche aus eigener Erfahrung, wenn ich andeute, daß der eine oder andere gute Gedanke, den jemand hat, Monate braucht, bis er eine Form gefunden hat, in der alle Freunde bereit sind zuzustimmen, daß er in die Verhandlungen eingebracht wird – und dann geht ja erst die wichtigere Hälfte der Verhandlungen los.

Ich darf es mit einer Erinnerung illustrieren. Das. was heute MBFR genannt wird, nämlich die Herstellung eines militärischen Gleichgewichts in Europa, aber auf niedrigerer Ebene als auf der Ebene der bisherigen Rüstungen, ist ein Gedanke, der mich seit dem Beginn des 60er Jahrzehnts beschäftigt. Auch andere Freunde haben gleich mir darüber gesprochen und geschrieben, und, wie gesagt, außer in Polen und mit einer kleinen Ausnahme in Großbritannien, haben wir in den 60er Jahren nicht sehr viel Zustimmung für diesen Grundgedanken gefunden. Ich kann mich gut erinnern an unser eigenes Parlament in Bonn, wo ich diesen Gedanken ausführlich das erste Mal 1959 vortrug. Der Gedanke fand zwar Aufmerksamkeit, aber keine Zustimmung bei der damaligen Mehrheit. Acht Jahre später, als Willy Brandt Außenminister war, ist dieser Gedanke erstmalig im Atlantischen Bündnis auf einer Tagung in Reykjavik in Island vorgetragen und dort in einer allgemeinen Form akzeptiert worden. Zwei Jahre später haben wir dann im Ministerrat des Nordatlantikpaktes ihn konkretisiert. Ich war damals Verteidigungsminister. Es war eine Sitzung in Rom. Und viele Leute in meinem Lande haben gesagt, daß die Sache hoffnungslos sei, weil die Sowjetunion den Gedanken nie akzeptieren würde. Dann hat aber der Westen doch diesen Vorschlag ganz offiziell gemacht, und dann hat doch die Sowjetunion nicht nein gesagt, sondern positiv respondiert und hat ihrerseits Vorschläge gemacht. So ist das Ganze langsam in Gang gekommen. Und wenn wir alle dieselbe Geduld aufbringen, ich sage es ganz unbescheiden, wie ich selbst im Laufe der letzten 15 Jahre, dann werden wir auch in der Lage sein, das MBFR-Projekt zum Erfolg zu führen.

Tischrede von Bundeskanzler Helmut Schmidt beim Abendessen in Warschau am 22. November 1977

Herr Erster Sekretär, Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren!

Lassen Sie mich zunächst bitte im Namen meiner Frau und der Delegation, die mich begleitet, sehr herzlichen Dank sagen für Ihre Gastfreundschaft. Wir haben diesem Gegenbesuch bei Ihnen in Polen seit vielen Monaten mit Bewegung und mit innerer Spannung entgegengesehen. Wir waren unglücklich, daß wir ihn verschieben mußten, und wir sind sehr glücklich, daß er nun heute stattfindet.

Es gibt viele Punkte in dem, was Sie eben gesagt haben, denen ich gerne – einer nach dem anderen – ausdrücklich zustimmen möchte. Auch ich sehe diesen Besuch hier in Warschau in einer historischen Kette, beginnend mit dem Vertrag von Warschau im Jahre 1970; mit der zweiten Stufe unseres langen nächtlichen Gespräches in Helsinki, wo Sie und Herr Jaroszewicz und ich und andere in dem einen Raum saßen und die Außenminister in dem anderen, und von Zeit zu Zeit traf man sich und mußte ein bißchen nachhelfen, und dann mußte man im Park spazierengehen und mußte wieder ein bißchen nachhelfen; in einer Kette mit Ihrem denkwürdigem Besuch in Bonn und unserem heutigen Besuch hier in Warschau.

Und dies ist ja keineswegs das Ende der Reihe, die wir fortsetzen wollen. Die deutschen Gäste rund um Ihre Abendtafel stimmen Ihnen aus voller Überzeugung zu, daß dieser deutsch-polnische Dialog nicht nur notwendig ist für die friedlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Völkern, sondern daß er gleichzeitig ein wesentliches Element für die friedliche Zukunft ganz Europas darstellt.

Wir stimmen Ihnen auch drittens zu in der besonderen Betonung des Warschauer Vertrages mit seinen Regelungen hinsichtlich der Grenzfragen, vor allen Dingen aber mit dem dort ausgesprochenen Prinzip des Gewaltverzichts. Wenn Frieden herrschen soll in Europa und in der Welt, dann ist der Verzicht auf Gewaltanwendung eine operative Voraussetzung.

Sie haben dann viertens gesagt, daß das polnische Volk die Vergangenheit und die Geschichte nicht vergessen habe und, wenn ich es recht verstand, auch nicht vergessen wolle, daß Sie sich aber der Zukunft zugewandt haben. Ich darf Ihnen versichern, daß wir Deutschen auch hierin Ihre Meinung teilen, man darf die Vergangenheit nicht vergessen und nicht verdrängen, Im Gegenteil, man muß das Bewußtsein der zum Teil ganz schrecklichen Vergangenheit, das Bewußtsein der Verbrechen, die z.Zt. der faschistischen Hitlerdiktatur im deutschen Namen über viele europäische Völker, insbesondere über die Polen, aber auch über unser eigenes Volk gebracht worden sind, man darf sie nicht vergessen, man muß sich ihrer erinnern. Man muß sie im Bewußtsein halten auch der nachfolgenden Generationen, damit diese Schrecken sich nie wiederholen können!

Sie waren dann so freundlich, in diesem Zusammenhang nicht nur die gegenwärtige Bundesregierung in Bonn, sondern auch ihre Vorgängerin und deren beide Vorgängerinnen und eine Reihe von Personen zu erwähnen, die, wie auch ich glaube, ein erhebliches Verdienst am Ingangbringen dieses deutsch-polnischen Dialoges haben. Und Sie waren so freundlich, insbesondere die beiden politischen Parteien zu erwähnen, auf denen diese nacheinanderfolgenden vier Bundesregierungen beruht haben, die bis jetzt an dem deutschpolnischen Dialog beteiligt waren und sind.

Ich will Ihnen gerne bekennen, daß Herr Wehner oder Herr Engelhard oder ich uns natürlich gefreut haben über die positive Rolle, die Sie unseren besonderen Freunden und unseren beiden politischen Parteien zuerkannt haben. Aber hier ist ein Punkt, wo ich gerne einen Zusatz aussprechen möchte zu Ihrer Rede. Es kann auf die Dauer gute Nachbarschaft, Normalität, Entfaltung des freundschaftlichen Verkehrs, die wir beide wünschen, sich nicht alleine gründen auf eine Auswahl aus den politischen Kräften.

Vielleicht darf ich mit zwei oder drei Beispielen umschreiben, was ich meine. Unserer heutigen Delegation gehören z.B. zwei sehr namhafte Personen aus dem deutschen Kulturleben an, der eine ein Professor, der andere ein Schriftsteller. Bei dem Schriftsteller ahne ich, was er vielleicht zu Hause wählt, bei dem Professor habe ich keinen Schimmer. Aber ich habe überhaupt keinen Zweifel, daß Ihnen die Normalisierung und die gute Nachbarschaft und, wenn es uns gelingt, auch die Freundschaft zwischen Deutschen und Polen ganz genauso am Herzen liegt wie den von Ihnen vorhin apostrophierten politischen Persönlichkeiten.

Ein zweites Beispiel: In unserer Delegation befinden sich herausragende Personen aus der deutschen Unternehmerschaft, der eine aus einer der größten deutschen Banken und der andere, den Sie schon lange kennen, aus einem der größten deutschen schwerindustriellen Konzerne. Bei dem letzteren kann ich es vielleicht ahnen, bei dem ersten habe ich keine Ahnung, wie diese Herren innenpolitisch denken, Aber ich habe überhaupt keinen Zweifel, daß sie nicht nur mit dem Herzen engagiert sind an einer freundschaftlichen Gestaltung des deutsch-polnischen Verhältnisses, sondern ich weiß, daß sie mit Verstand und Tatkraft schon bisher sehr beigetragen haben zum Ausbau des wirtschaftlichen Austausches zwischen Ihrem Lande und unserem Lande, einem Austausch, von dem Sie mit Recht vorhin gesprochen haben, von dem wir mit Ihnen hoffen, daß er sich in der Zukunft noch mehr verbreitert und mehr vertieft als in den letzten sieben Jahren.

Und dann haben wir in unserer Delegation den Vorsitzenden des Betriebsrates der größten deutschen Schiffswerft, und wir haben den Vorsitzenden der deutschen Bergarbeitergewerkschaft. Beide kenne ich schon sehr lange und weiß also, was die wählen, aber ich weiß eben auch ganz genau, wie sehr ihnen gute Nachbarschaft mit Polen am Herzen liegt und wie sehr sie sich in ihrem Wirkungskreis, in ihrem Lebensbereich darum bemühen.

Und dann haben wir unter unserer Delegation den jungen Vorsitzenden des Bundesjugendringes. Ich muß Ihnen bekennen, ich habe ihn erst im Flugzeug zwischen Bonn und Warschau kennengelernt, aber ich habe überhaupt keinen Zweifel, daß ihm die deutsch-polnische Verständigung am Herzen liegt.

Mit diesen persönlichen Beispielen wollte ich Ihnen ganz gerne zeigen, daß der Wunsch nach Verständigung und, ich spreche es aus, später auch Versöhnung mit den Polen weit über unsere politischen Parteien hinaus in allen Teilen unserer deutschen Gesellschaft vorgefunden wird.

Und um diesen Punkt nun abzuschließen, bitte ich die polnischen Gastgeber sehr herzlich, sich nicht vorzustellen, daß etwa die Menschen in den in der Opposition befindlichen politischen Parteien bei uns zu Hause Gegner dieser Normalisierung und Gegner dieser Freundschaft wären. Ich bitte Sie herzlich, sich vorzustellen, daß die Normalisierung und die Entfaltung eines freundschaftlichen Verhältnisses zwischen unseren beiden Völkern und zwischen unseren beiden Staaten quer durch alle gesellschaftlichen Schichten, quer durch alle politischen Parteien in Deutschland eine ganz große Mehrheit der Deutschen umfaßt. Und nur weil Sie es auch erwähnt haben, füge ich ausdrücklich und der Vollständigkeit wegen auch unsere beiden großen Kirchen hinzu.

Natürlich, verehrter Herr Gierek, es gibt immer auch Ausnahmen auf der Welt, und die Ausnahmen mögen hier und da in unseren Zeitungen oder hier und da in der Innenpolitik meines Landes besonders grell hervortreten. Das hängt damit zusammen, daß in der deutschen Innenpolitik eine Reihe von Personen den ausdrücklichen Auftrag des Wählers haben, dafür besoldet vom Steuerzahler, möglichst umfassend und möglichst beweiskräftig alles zu kritisieren, was die Bundesregierung tut. Aus solch oppositioneller Kritik, die sich natürlich auch auf unsere Außenpolitik richtet, die sich auch auf unsere Politik Polen gegenüber richtet, bitte ich Sie, keine zu weitgehenden, falschen Schlüsse zu ziehen.

Ich fühle mich ganz sicher, wenn ich sage, daß die ganz große Mehrheit der Menschen, die in meinem Lande leben, nichts mehr wünscht im Verhältnis zu Polen als gegenseitiges Verständnis, Normalität, gegenseitige Offenheit und, wenn es geht, gute Nachbarschaft und, wenn es darüber hinaus gehen wird, eines Tages ein freundschaftliches Verhältnis. Ich stimme Ihnen zu, bis dahin ist noch ein weiter Weg zurückzulegen, und es werden manche alte Schwierigkeiten noch lange eine Rolle spielen, und es werden sicherlich auch neue Schwierigkeiten am Wege auftauchen.

Aber wenn man einmal zehn Jahre zurückdenkt, etwa in das Jahr 1966 oder 1967 sich zurückversetzt und sich bewußt macht, wie es damals war mit den Beziehungen zwischen den Polen und den Deutschen, zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland, dann haben wir in diesem Jahrzehnt eine erstaunliche Entwicklung gemeinsam zustande gebracht.

Die positive Entwicklung ist sehr spät eingeleitet worden, aber nicht zu spät! Und so, wie wir in den letzten sieben Jahren große Fortschritte gemacht haben, so bin ich sicher, daß es uns gelingen wird und später auch unseren Nachfolgern und der nächsten

Generation gelingen wird, weitere Fortschritte zu machen – im Interesse des Verhältnisses der beiden Völker zueinander und ebenso im Interesse des Friedens für alle Völker auf unserem Kontinent.

Sie haben zutreffend hervorgehoben, daß unsere beiden Staaten zwei verschiedenen Bündnissystemen und zwei verschiedenen Gemeinschaften und auch zwei verschiedenen Gesellschaftsordnungen angehören. Dies soll man sich gegenseitig nicht verhehlen, man soll es auch nicht zu übertünchen versuchen. denn es wird ja so bleiben. Um so mehr teile ich Ihre Genugtuung darüber, daß die beiden Weltmächte an der Spitze dieser beiden Ordnungen im Laufe der letzten Monate deutlich erkennbare Fortschritte gemacht haben, die, wie ich mit Ihnen zuversichtlich hoffe, im Laufe nicht allzuvieler Monate zu einem neuen Abkommen über die Begrenzung strategischer nuklearer Waffen führen werden. Ich hatte schon heute nachmittag vor dem Auditorium in Ihrem Außenpolitischen Institut Gelegenheit, genauso wie Sie es eben getan haben, die politische, die geistige, die friedensstrategische Verbindung herzustellen zwischen SALT auf der einen Seite und den Wiener MBFR-Verhandlungen auf der anderen. Ich sehe diese Verbindung genauso unmittelbar, und ich sehe die Notwendigkeit zur Konsequenz auch in Wien genauso, wie Sie sie gesehen haben.

In diesem Kontext wiederhole ich, daß die politisch Verantwortlichen in meinem Lande sich der pionierhaften Verdienste um das Nachdenken über die Probleme der Rüstungsbegrenzung in Europa, daß die politisch Verantwortlichen in meinem Lande sich der pionierhaften Verdienste herausragender Polen, insbesondere des verstorbenen Außenministers Adam Rapacki, sehr wohl bewußt sind. Die Polen waren heute vor 20 Jahren die ersten, die mit eigenen Gedanken auf diesem Felde aufgetreten sind. Es gab zwei Pläne Rapackis, es gab einen Gomulka-Plan. Viel-

leicht sind Sie freundlich genug, innerlich bei sich selbst zuzugeben, daß auch die Deutschen nicht sehr viel später mit eigenen Gedanken auf demselben Felde aufgetreten sind.

Sie haben von den Gefahren gesprochen, welche mit einer möglichen Verbreitung von Kernwaffen verbunden sein könnten. Wir stimmen Ihnen zu. Wir stimmen Ihnen aber auch darin zu – und ich bin dankbar, daß Sie es so deutlich hervorgehoben haben –, daß keinem Staat die wissenschaftlichen und die technischen, die industriellen Vorteile der friedlichen Nutzung der nuklearen Energie vorenthalten werden sollen.

Auch wir würden uns freuen, wenn aus der Belgrader Folgekonferenz, die ja nur ein Zwischenschritt ist, sich eine europäische Energiekonferenz ergeben könnte. Ich glaube, wir haben alle in Europa auf diesem Felde Interessen, die unmöglich voneinander getrennt werden können.

Sie haben am Schluß gesprochen von dem Streben der Völker nach friedlichem Leben und nach gesicherter Zukunft im Geiste der Achtung der Rechte und der Interessen jeweils des anderen Volks und des anderen Staats. Und auch dies würden wir ganz genauso ausdrücken. Gleichwohl ist das kein einfacher Weg, der sich von selber geht, sondern ein Weg, an dem man alle Tage der Woche und alle zwölf Monate des Jahres und jedes Jahr wieder arbeiten muß. Und ich glaube, es ist notwendig, für einen Erfolg auf dieser Straße, daß man sich gegenseitig das klar ausspricht, was man für wahr hält, daß man sich seine Wahrheiten gegenseitig vorträgt und versucht, die Wahrheiten auch des anderen zu verstehen.

Zu den Wahrheiten, die Sie uns heute abend gesagt haben, gehört, daß man die Vergangenheit nicht vergessen darf, wohl aber sie überwinden muß. Ich möchte eine andere Wahrheit hinzufügen, von der ich weiß, daß Sie sie billigen, nämlich die, daß über die vielen vergangenen Jahrhunderte, in denen es Feindschaft und Abneigung, auch Haß gegeben hat zwischen Polen und Deutschen, daß es über diese vielen vergangenen Jahrhunderte hinweg auch sehr viel gegenseitige Berührung und gegenseitige Befruchtung und kulturellen Austausch gegeben hat, überaus glückliche Epochen auch, die gegenwärtig in der Erinnerung überdeckt sind. Polen und Deutsche haben sich gegenseitig vieles gegeben in der Geschichte. Und ich bin sicher, sie werden sich auch in der Zukunft vieles gegenseitig zu geben haben.

Herr Erster Sekretär, ich erhebe mein Glas und trinke auf Ihr Wohl und auf das Wohl von Frau Cierkowa, ich trinke auf das Wohl, auf das Glück des polnischen Volkes und auf den Frieden der Völker in Europa. Ansprache von Bundeskanzler Helmut Schmidt bei einem Mittagessen im Bergwerk Ziemowit, gegeben von Bergbauminister Leiczak am 23. November 1977

Sehr geehrter Herr Bergbauminister Lejczak, sehr geehrter Herr Gierek. meine Damen und Herren!

Wir deutschen Besucher haben heute vormittag einen Schnellkursus in Sachen polnischer Industrie erlebt. Wir haben das derzeit größte Investitionsprojekt der Volksrepublik Polen, wir haben zweitens eine Ihrer modernsten Automobilfabriken und schließlich drittens, wenn auch nur über Tage, aber dafür besonders liebenswert illustriert, eines Ihrer ergiebigsten

Bergwerke gesehen.

Obwohl wir selbst aus einem hochindustrialisierten Lande kommen, so sind wir doch von Ihren Produktionsanlagen sehr beeindruckt, das haben mir auch die industriellen Mitglieder unserer Delegation versichert, die ja z.T. aus der Bergarbeiterschaft, aus der Metallarbeiterschaft oder aus der Unternehmerschaft kommen, die mit Bergbau und Stahl zu tun hat. Uns imponiert besonders die Kraft und die Vitalität, mit der Sie die Probleme Ihres Wiederaufbaus und die Probleme der Entfaltung der polnischen Industrie angepackt haben und mit der Sie die Entfaltung voran-

Wir wußten bereits aus den ökonomischen Statistiken, daß Sie im schnellen Tempo dabei sind, in die Spitzengruppe der großen Industrienationen vorzustoßen, aber wir haben nun auch tatsächlich in der Wojewodschaft Kattowitz erlebt, mit welcher Kraft

Dieser Boden Schlesiens ist zugleich der Boden, auf dem die Nahtstellen immer gelegen haben, wo sich Polen und Deutsche begegnet sind, und sie sind sich

ja nicht nur in Freundschaft begegnet. Aber die gemeinsame Arbeit, die Wirtschaft hat hier in Schlesien immer im Vordergrund gestanden, und die Zusammenarbeit hat sich nicht nur erhalten bis auf den heutigen Tag, sondern sie ist in den letzten Jahren gewaltig ausgeweitet worden. Wir haben das auch in ihren drei Werken erleben können, die wir heute morgen gesehen haben. Der Bergbau bietet vielerlei Beispiele - in der Vergangenheit, heute und auch in der Zukunft - einer fruchtbaren Kooperation zwischen der Industrie der beiden Länder. Ich kann mich gut erinnern, daß wir auf einem großen bergbaulichen Kongreß in Deutschland im vorigen Jahr eine polnische Delegation zu Gast hatten; und ich weiß, daß mein Freund Adolf Schmidt, der Vorsitzende unserer Bergarbeitergewerkschaft, hier in der Wojewodschaft Kattowitz gute Kollegen weiß, die er heute wieder getroffen hat.

Darüber hinaus zeigt sich, daß technisch und von der Ingenieurseite her Abbau und Verarbeitung der Kohle auf beiden Seiten mit der Zeit gehen, daß man sich der modernen Technologie öffnen muß und daß wir das gemeinsam tun und davon voneinander lernen. Wir stehen vor dem Abschluß eines Vertrages über die Zusammenarbeit zur Energiegewinnung aus Kohle. Die Zusammenarbeit auf diesem Felde verleiht dem einen sichtbaren Ausdruck, was ich vorhin gesagt habe. Aber sie wird darüber hinaus unseren beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen auch einen weiteren Anstoß geben und eine weit in die Zukunft reichende Perspektive. Die Ära der Zusammenarbeit, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im großen Stil wird eingeleitet, und ich bin zuversichtlich, daß sie im Interesse unserer beiden Völker in Zukunft noch verbreitert werden wird.

Wenn ich ein persönliches Wort sagen darf. Ich habe die Gewohnheit, mindestens jedes Jahr einmal zu einer Zeche zu gehen, und wenn ich auch hier auf dieser Grube die herzliche Gastfreundschaft wieder erlebe, die ich auf vielen anderen Gruben schon erlebt habe, dann kann ich sehr wohl verstehen, daß Sie, verehrter Herr Gierek, sich hier unter den Bergleuten wohlfühlen und daß Sie sich hier im besten Sinne des Wortes zu Hause fühlen. Wir fühlen uns hier auch ganz wohl, und ich bin dankbar, daß ich bei den polnischen Bergleuten den Besuch erwidern darf, den Sie im vorigen Jahr am Rhein den deutschen Bergleuten abgestattet haben.

Herr Bergbauminister, Sie haben liebenswürdigerweise unseren Besuch als ein weiteres wichtiges Element innerhalb des fortschreitenden Normalisierungsprozesses zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland bezeichnet, und Sie haben ihn einen wesentlichen Faktor der Entspannung genannt und die Entspannung einen wesentlichen Faktor der Sicherheit und der Festigung des Friedens in Europa. Wir stimmen allen diesen zentralen Sätzen zu.

Wir Deutschen wünschen Euch Polen und wir wünschen uns selber Frieden! Deshalb bitte ich Sie, mit mir auf den Frieden zu trinken und auf das harte Werk, die harte Arbeit, die für den Frieden notwendig bleibt – unter Tage und über Tage! Ihnen allen Glückauf!

Ansprache von Bundeskanzler Helmut Schmidt in Auschwitz-Birkenau am 23. November 1977

Eigentlich gebietet dieser Ort zu schweigen. Aber ich bin sicher, daß der deutsche Bundeskanzler hier nicht schweigen darf.

Wir sind nach Auschwitz gekommen, um uns und andere daran zu erinnern, daß es ohne Erkenntnis der Vergangenheit keinen Weg in die Zukunft gibt, auch keinen Weg zu einem neuen und unbefangenen Verhältnis zwischen Deutschen und Polen. In Auschwitz und in Birkenau kann niemand der Erkenntnis ausweichen, daß Politik etwas anderes ist, daß Politik mehr ist als ein Spiel von Macht und Interessen, daß Politik der moralischen Grundlage und der sittlichen Orientierung bedarf.

An diesem Ort wird zwingend deutlich, daß Geschichte nicht nur als eine kausale Kette von Ereignissen und Handlungen verstanden werden kann, sondern daß Verantwortung und Schuld dazu gehören, daß Verantwortung und Schuld auch geschichtliche Größen sind.

Die Verbrechen des Nazifaschismus, die Schuld des Deutschen Reiches unter Hitlers Führung begründen unsere Verantwortung. Wir heutigen Deutschen sind als Personen nicht schuldig, aber wir haben die politische Erbschaft der Schuldigen zu tragen, hierin liegt unsere Verantwortung. Aus ihr erwächst der Auftrag, die Zukunft nicht dem Zufall zu überlassen, sondern sie mit Mut, mit Umsicht zu gestalten.

Es braucht sich kein junger Deutscher unfrei zu fühlen, wenn er einem polnischen Altersgenossen begegnet. Aber wissen muß er, was Deutsche im deutschen Namen damals begangen haben. Wissen muß er, was sein polnischer Altersgenosse von seinen Eltern und seinen Großeltern über Auschwitz erfuhr, und was er über die deutsche Okkupation nach 1939 erfahren

hat. Wissen muß er schließlich, daß sich an ihn als einen jungen Deutschen besondere Erwartungen richten.

Es sind dies Erwartungen, denen auch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenübersteht, Erwartungen, denen sie sich stellt und die sie zu erfüllen sucht, seit Konrad Adenauer mit unseren westlichen Nachbarn und seit Willy Brandt mit unseren östlichen Nachbarn bewußt die Verständigung zu suchen begann.

Wir wissen, daß wir nichts ungeschehen machen können, aber wir können Folgerungen für die Zukunft ziehen. Wir tun dies seit 32 Jahren, wir tun es im Blick auf alle Opfer des Nazifaschismus in allen Ländern Europas, auch in unserem eigenen Lande. Und ich denke, unsere polnischen Partner werden, gerade weil sie am meisten zu leiden hatten, am besten verstehen, wenn ich daran erinnere, daß die ersten Opfer Hitlers Deutsche waren und daß bis zum Ende Hitlers in immer zunehmender Zahl auch Deutsche die Opfer seiner Diktatur geworden sind.

Und die Polen werden verstehen, wenn ich daran erinnere, daß in unserem eigenen Lande Widerstand geleistet worden ist von Deutschen, die immer wieder, wenn auch in tragischer Vergeblichkeit, versucht haben, der mörderischen Tyrannei über Europa ein Ende zu machen.

Diese deutschen Kämpfer gegen Hitler, Frauen und Männer aus allen politischen Lagern, gehören auch zur deutschen Vergangenheit, und sie sind ihr achtungswürdigster Teil. Und sie sind für uns Deutsche Grund zu bescheidenem Stolz, vor allem aber zu der Verpflichtung, von der ich eben sprach, zu der Verpflichtung, für die Zukunft Folgerungen zu ziehen.

Auschwitz ist ein Mahnmal. Uns Deutschen steht es nicht zu zu sagen, es sei ein Mahnmal, das zur Versöhnung mahne. Das könnten nur die sagen, deren Mitbürger hier gelitten haben. Wir wissen aber eines, daß die Wege zur Versöhnung Auschwitz nicht ausklammern können, und wir wissen, daß die Wege zur Verständigung hier in Auschwitz nicht enden dürfen.

Ansprache von Bundeskanzler Helmut Schmidt auf einem Abendessen, gegeben von dem Präsidenten des Wojewodschafts-Nationalrates Drapich und Frau Drapich in Krakau am 23. November 1977

Herr Erster Sekretär Drapich, Herr Ministerpräsident Jaroszewicz, Herr Stadtpräsident, meine Damen und Herren!

Für die deutschen Gäste, für meine Frau und für mich danke ich Ihnen sehr herzlich für die großzügige Gastfreundschaft, mit der Sie uns empfangen und mit der Sie uns auf dem Wawel' und in diesem traditionsreichen Hause bewirten. Wir danken Ihnen nicht nur für die liebenswerten Gastgeschenke, sonders inbesondere für die offenen Worte, die Sie zu uns eben gesprochen haben.

Unser Besuch in Polen und auch unser Besuch hier in Krakau, einer Stadt, die eine nicht nur polnische, sondern eine bedeutende europäische Metropole war und ist und auch in der Zukunft sein wird, hat uns schon bisher tief beeindruckt. Wir haben Polen, aber auch Krakau und den Wawel als ein lebendiges Geschichtsbuch betrachten können, und wir haben eindringlich erlebt, zu welchen Leistungen Menschen fähig sind.

Wenn ich es richtig weiß, ist Krakau neben Prag die älteste Universität Europas nördlich der Alpen. Sie haben die Partnerschaft zu Nürnberg erwähnt, und ich füge gern hinzu, daß Sie damit ein dankenswertes Beispiel geben für andere Städte, aber die Partnerschaft zu Nürnberg ist ja nicht nur eine Sache der Gegenwart, sondern sie reicht Jahrhunderte zurück. Dafür stehen solche Namen wie Albrecht Dürer oder Veit Stoß. Es war nicht nur eine wissenschaftliche und nicht nur eine künstlerische Verbindung zwischen Polen und Österreichern und Deutschen und Italienern, die hier in

Krakau ihr Zentrum fand, es war auch eine wirtschaftliche, eine handelspolitische Verbindung, die hier in Krakau ihre Metropole fand. Vielleicht darf man sagen, daß ein Jahrtausend Geschichte dieser Stadt zugleich ein Lehrbuch ist, ein Beispiel für das, was in friedlicher Zusammenarbeit, was in fruchtbarer Zusammenarbeit gemeinsam geschaffen werden kann.

Aber wenn wir von diesen Leistungen menschlicher Gemeinschaft sprechen, so können auch wir Deutschen nicht verschweigen, daß wir in der unmittelbaren Nachbarschaft Ihrer Stadt in Auschwitz und in Birkenau in einer erschütternden Weise daran erinnert worden sind, daß Menschen auch zu Taten fähig sind, die sich unserem Verständnis weitgehend entziehen und die uns immer wieder mit Entsetzen erfüllen. Die ganz große Mehrheit der heute lebenden Deutschen ist sicherlich ohne jedwede Schuld im Zuammenhang mit den Verbrechen Hitlers. Aber alle Deutschen werden weder heute noch morgen ihrer gemeinsamen Verantwortung für die Geschichte ausweichen können.

Und alle Deutschen und alle Polen werden, so hoffe ich sehr, in der Zukunft im Umgang miteinander die geschichtlichen Erfahrungen, die bösen und die guten, einschließen, die beide Völker im Laufe der Jahrhunderte miteinander gemacht haben. Die Erinnerung an die Okkupation Polens durch Hitler, die Erinnerung auch an den 2. Weltkrieg bedeutet für Ihre deutschen Gäste die Pflicht, für eine bessere Zukunft einzustehen, die beiden Völkern zugute kommen wird. Ich freue mich, daß Sie in dem Zusammenhang von dem Warschauer Vertrag als von einem Meilenstein gesprochen haben, und Sie haben einen zweiten Meilenstein genannt, nämlich den Besuch von Edward Gierek in der Bundesrepublik Deutschland vor gut einem Jahre und von der damals gemeinsam beschlossenen Erklärung. Erlauben Sie mir, daß ich noch hinzufüge, daß dem Besuch Giereks in meinem Lande ja sehr schwierige. aber von beiden Seiten mit großer Offenheit geführte

48

Gespräche und Verhandlungen im Sommer 1975 in Helsinki vorangegangen waren, an denen auch Herr Ministerpräsident Piotr Jaroszewicz persönlich beteiligt war, in denen er eine große Rolle gespielt hat.

Ich möchte Ihr Wort, Herr Drapich, von den Meilensteinen, ich möchte das ernst und wörtlich nehmen, d.h. wir haben schon mehrere Meilen miteinander gemeinsam hinter uns gebracht. Aber es liegen noch viele, viele Meilen vor uns. Die deutschen Gäste, die Sie heute abend hier zu Tische haben, sind von dem Vorsatz erfüllt, ihr Teil beizutragen, daß auch jene Strecke des Weges, die erst in der Zukunft überwunden werden wird, gemeinsam zurückgelegt werden kann.

Es hat uns dabei mit großer Freude erfüllt, wie sehr wir bisher in verschiedenen Städten Ihres Landes so auch hier in Krakau mit Freundlichkeit empfangen worden sind, und es hat uns mit solidarischer Freude erfüllt, zu sehen, mit welcher ungeheuren Vitalität Sie Ihre Städte wiederaufbauen und Ihre Wirtschaft ausbauen.

Erlauben Sie mir, mein Glas zu erheben auf die ewig andauernde geistige Kraft dieser Stadt Krakau, auf das Glück der Menschen, die hier leben und arbeiten, und auf den Frieden für die Polen und für die Deutschen. Ansprache von Bundeskanzler Helmut Schmidt bei einem Mittagessen, gegeben von dem Präsidenten des Wojewodschafts-Nationalrats Fiszbach und Frau Fiszbach in Danzig am 24. November 1977

Herr Erster Sekretär Fiszbach, Herr Ministerpräsident, Herr Stadtpräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es war eine gute Idee unserer polnischen Gastgeber, uns in diesen kurzen Tagen des Besuchs so viele Wojewodschaften Ihres Landes zu zeigen außerhalb Warschaus. Die Sache hat nur einen Fehler, und der liegt in der organisatorischen Vorbereitung der deutschen Seite. Sie haben sich die Worte, die Sie an uns zu richten wünschten, aufteilen können. Herr Gierek hat gesprochen, Herr Jaroszewicz hat gesprochen, die Stadtpräsidenten haben gesprochen, die Ersten Sekretäre der Wojewodschaften haben gesprochen, das war eine hervorragende Arbeitsteilung. Aber wir haben auf unserer Seite den Fehler gemacht, die Gegenreden nicht von vorherein unter uns aufzuteilen. Und so bleibt es also auch heute mittag meine Pflicht; aber ich erfülle sie sehr gerne, auf Sie zu antworten.

Wir haben hier in der Dreistadt Gdingen, Zoppot und Danzig drei Dinge gelernt. Das erste – und ich glaube, man kann es nirgendswo in Polen besser lernen als hier in Gdansk – ist die tausendjährige Verzahnung der polnischen und der deutschen Geschichte miteinander in einer Stadt, die von einem slawischsprechenden polnischen Stamme gegründet ist; die später vom Deutschen Orden erobert und anderhalb Jahrhunderte beherrscht wurde; die dann in den polnischen Staatsverband zurückkehrte; die mit der Zeit Einwanderer aus vielerlei Teilen Europas, vor allen Dingen deutsch-sprechende Einwanderer, in sich aufge-

nommen hat; die ein beherrschendes Glied des den Einzugsraum der Ostsee umspannenden Handels- und Schiffahrtsnetzes der Hanse geworden ist; die durch die zweite Teilung Polens in die Hände der Preußen kam; die nicht ganz anderthalb Jahrhunderte später durch den Versailler Vertrag Autonomie bekam und internationalisiert wurde; die dann von Hitler erobert und später für die Polen zurückerobert worden ist.

Was mich sehr berührt hat, war die deutsche Inschrift über dem Tor, durch das wir die Danziger Altstadt betreten haben, die Sie wiederhergestellt haben. Aus der Geschichte dieser Stadt kann man vieles lernen: Schlimmes, was sich nicht wiederholen darf, und Gutes, was

hoffentlich fortgesetzt wird in der Zukunft.

Und dies ist der zweite Punkte, den wir heute morgen hier gelernt haben: nämlich die Liebe der Menschen, die heute in dieser Stadt wohnen, zu dieser wechselvollen Geschichte und die Wahrheitsliebe, mit der sie dieser Geschichte ins Gesicht sehen und mit der sie das Andenken an diese Geschichte pflegen. Im Kriege sind viele mittelalterlichen Städte Europas zerstört worden, auch viele sehr schöne Städte in meinem eigenen Lande. Das gilt z.B. für Lübeck, eine Schwester Danzigs an der Ostsee. Aber ich glaube, das Ausmaß der Anstrengung und der historischen Treue, mit der Sie die Altstadt Danzigs wiederhergestellt haben, ist in ganz Europa einmalig. Und ich möchte Ihnen dazu unsere Bewunderung, unseren Respekt und unseren Glückwunsch ausdrücken.

Das dritte, was wir neben den tausend Jahren gemeinsamer Geschichte sehr deutlich gespürt haben, das ist mittelbare Parallelität der wirtschaftlichen Gegenwart. Sie haben von Bremen gesprochen und von Hamburg – ich würde Kiel hinzufügen, da gibt es genauso moderne Schiffswerften wie in Gynia. Und unsere und Ihre Schiffswerften haben dieselben Probleme, und unsere Reeder und Ihre Reederei haben dieselben Probleme: die Frachtraten sind weit gefallen, und die

Schiffsneubauaufträge auf der ganzen Welt sind spärlich. Ich habe einem Ihrer Meister auf der Werft gesagt: Ihr macht uns ja verdammt moderne Konkurrenz. Er hat gesagt: Nix Konkurrenz, nur Wettbewerb. Aber beides ist richtig: Parallelität und Wettbewerb.

Übrigens ist es nur in diesem Zusammenhang, daß ich Ihren Adelsgürtel angenommen und umgebunden habe, Herr Fiszbach. Es verhält sich nämlich so, daß in Hamburg und Kiel und Lübeck und darüber hinaus überhaupt in Deutschland Schmidt der gemeinste Adel ist, den es in unserem Lande gibt. Es kann nämlich nicht jeder Beitz heißen. Ich vermute, der Gürtel würde sonst ihm besser passen als mir.

Aber zum Ernst zurück. Wer an der Nordsee und an der Ostsee arbeitet und vom Seehandel und von der Schiffahrt und vom Schiffbau lebt, der erlebt zwangsläufig das gleiche Schicksal, ob es Kieler Werftarbeiter sind oder Werftarbeiter hier in der Dreistadt. Und das gleiche Schicksal reicht sogar über den Bereich der europäischen Meere weit hinaus.

Wir alle haben ein bißchen erfahren von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Ihr Land gegenwärtig hat. Aber auch wir haben große wirtschaftliche Schwierigkeiten in diesen Jahren. Und das gilt ebenso für England und für Frankreich und für Italien, und es gilt für alle Staaten der Welt, die an der internationalen Arbeitsteilung teilhaben. So daß also beides notwendig ist, wie die Helsinki-Konferenz das vor zweieinhalb Jahren richtig vorhergesehen hat: nämlich zum einen für den Frieden zu arbeiten und zum zweiten wirtschaftlich zusammenzuarbeiten. Wer auf eigene Faust arbeitet, wird diese kritische Phase nur schlecht überstehen.

Wir haben auf dieser Reise und auch hier in Gdynia, in Sopot und in Gdansk vielerlei Zeugnisse der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, auch der industriellen Zusammenarbeit vor Augen gehabt. Wir haben auch mit Freude gehört, was Sie, Herr Fiszbach, uns erzählt.

haben über den touristischen Austausch und über das enge Verhältnis zu den beiden alten Hansestädten Bremen und Hamburg. Wir hatten dasselbe schon vom Bremer Bürgermeister und vom Hamburger Bürgermeister mit guten Wünschen an Sie mit auf den Weg bekommen.

Wir teilen Ihre optimistische Grundstimmung in Richtung auf eine gemeinsame Bewältigung der Zukunft. Vielleicht darf ich hinzufügen, daß uns Deutschen hinsichtlich der gemeinsamen Zukunft sehr am Herzen liegt, noch stärker als bisher für Begegnungen junger Menschen aus Polen und aus der Bundesrepublik Deutschland zu sorgen, z.B. durch ein deutschpolnisches Jugendbegegnungszentrum, von dem wir vor anderthalb Jahren anläßlich Edward Giereks Besuch in Bonn geredet haben, z.B. durch eine Stätte, die unsere Jungen Menschen in Auschwitz errichten möchten. Aber ich würde mich auch sehr darüber freuen, wenn auf dem Felde der Kunst, der Literatur, der Kultur schlechthin eine breitere Berührung zustande käme als bisher. Ich darf Ihnen versichern, z.B. polnische Kunstausstellungen sind in Deutschland sehr willkommen; und wir würden uns auch sehr freuen, wenn wir dem polnischen Publikum zeigen könnten, was an Kunst bei uns im Laufe der letzten Generationen hervorgebracht worden ist und was heute hervorgebracht wird.

Wir haben also ein weites Feld an gemeinsamer Arbeit in den kommenden Jahrzehnten und Generationen vor uns.

Ich möchte trinken auf den Erfolg dieser gemeinsamen Arbeit, ich möchte auf Ihr Wohl trinken, auf das Wohl der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt und auf den Frieden für die Menschen, die in dieser Stadt wohnen!

Rede von Bundeskanzler Helmut Schmidt vor Angehörigen der deutschen Botschaft und der deutschen Kolonie in Warschau am 25. November 1977

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lieber Herr Ahrens, liebe gnädige Frau!

Das Wort von dem Meilenstein, daß Sie, Herr Ahrens, eben gebraucht haben, stammt nicht von uns, sondern es ist ein Wort, das vor einigen Tagen von der polnischen Seite benutzt worden ist. Ich habe es gerne öffentlich festgehalten und quittiert, damit es nicht untergeht. Wenn die polnische Seite ein solches Wort benutzt einen Meilenstein in der Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen der letzten 30 Jahre, 32 Jahre dann zeigt es, daß auch die polnische Seite diesen Besuch hier, der ja ein Gegenbesuch ist gegenüber einem Besuch, den wir im vorigen Jahr von Herrn Gierek empfangen haben, daß auch die polnische Seite diesem Besuch eine große Bedeutung beimißt.

Sie können seine Wirkung wahrscheinlich besser beurteilen als wir, die wir in den letzten vier Tagen durch
Polen gereist sind und vielerlei Gespräche, aber kaum
Gelegenheit hatten, Zeitung zu lesen, geschweige denn
das Fernsehen zu beobachten. Sie haben wahrscheinlich
sehr viel sorgfältiger verfolgen können, was die polnischen Medien berichtet haben, und können möglicherweise unseren Eindruck korrigieren. Unser Eindruck
geht jedenfalls dahin, daß die Medien diesem Besuche
eine große Aufmerksamkeit zugewandt haben und daß
auf diese Weise in der Tat nicht nur politisch, sondern
auch klimatisch, atmosphärisch ein weiterer Schritt
nach vorne getan worden ist.

Es bleiben noch viele Schritte zu tun. Es werden, so wie die ganze Sache mit dem Vertrag von Warschau 1970 begonnen hat, auch in Zukunft noch immer wieder Fingernägel gebraucht werden. Es wird auch in Zukunft immer wieder Ihre Arbeit hier, die weitestgehend im verborgenen getan werden muß, gebraucht werden.

Ich möchte für die Angehörigen der Delegation, die diese Woche die Volksrepublik Polen besuchen, und für mich selber Ihnen, Herr Botschafter Ahrens, Ihnen, gnädige Frau, vor allen Dingen aber Ihren vielen zum großen Teil für uns namenlos bleibenden Mitarbeitern sehr herzlichen Dank sagen für die Arbeit und die Liebe, die Sie auf diesen Besuch und seine Vorbereitung verwendet haben, und die Sie noch hineinstecken müssen in die Nachbereitung – es ist ja immer dann noch einiges nachträglich zu tun.

Wir verlassen heute nachmittag Polen mit dem angenehmen Gefühl, einen kleinen Beitrag haben leisten zu können. Und ich möchte gerne, daß dieses Gefühl sich auf Sie alle, meine Damen und Herren, überträgt. Herzlichen Dank!

PRESSEKONFERENZ am Freitag, dem 25. November 1977, in Warschau

Sprecher: Erster Sekretär der PVAP, Edward Gierek, Bundeskanzler Helmut Schmidt

Gierek: Meine Herren! Wir haben vor einem Augenblick mit dem Herrn Bundeskanzler gemeinsam, mit Herrn Helmut Schmidt, eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet. Wir haben darin die gemeinsamen Prinzipien bestätigt und die Richtung festgelegt für den weiteren Prozeß der Normalisierung und der Entwicklung der Beziehungen der friedlichen Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Staaten und ihren Völkern. und wir haben darin auch unsere Unterstützung zum Ausdruck gebracht für die Politik der Entspannung in Europa und in der Welt. Ihnen gegenüber, gegenüber den Vertretern der Presse, gegenüber der öffentlichen Meinung, habe ich den Wunsch festzustellen, daß ich zutiefst zufrieden bin über den Besuch des Herrn Bundeskanzlers in Polen. Ich freue mich über die geführten Gespräche. Wir haben bei diesen Gesprächen alle wichtigen Probleme bei der Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen und über die gegenwärtige Lage in Europa erörtert. Diese Gespräche waren aufrichtig und sachlich. Sie waren konstruktiv und von persönlichem Standpunkt aus betrachtet freundschaftlich. Ich freue mich über die geschlossenen Vereinbarungen, über die heute unterzeichneten Dokumente. Sie erweitern die Ebene der gegenseitigen nützlichen Zusammenarbeit und verleihen neue Impulse für ihre allseitige Entwicklung. Ich möchte feststellen, daß der Besuch des Herrn Bundeskanzlers in Polen fruchtbar gewesen ist. Dieser Besuch ist ein Meilenstein vorwärts an dem Werke, das wir gemeinsam begonnen haben, nämlich die Schaffung neuer Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland. Ich bin davon überzeugt, daß unsere beiden Völker den Wunsch haben, die tragische Vergangenheit zu überwinden und eine friedliche Zukunft zu schaffen und die Ergebnisse dieses Besuches mit Zufriedenheit entgegennehmen werden. Ich bin der Auffassung, daß auch die öffentliche Meinung in Europa diesen Besuch mit Zufriedenheit zur Kenntnis nehmen wird, denn wir bestätigen den Willen der Fortsetzung unserer konstruktiven Politik und bestätigen das Streben zur vollen Verwirklichung des historischen Schlußaktes von Helsinki zur Stärkung der politischen Entspannung und der militärischen Entspannung. Wir haben gemeinsam zum Ausdruck gebracht, daß das der einzige Weg unserer Länder ist und der einzige Weg für alle Völker unseres Kontinents, der einzige Weg zur Sicherheit in Europa, zu Frieden und einer freundschaftlichen Zusammenarbeit aller Staaten Europas.

Ich möchte mir hier an dieser Stelle eine persönliche Bemerkung erlauben. Vor zweieinhalb Jahren habe ich mit dem Herrn Bundeskanzler in Helsinki den ersten Dialog aufgenommen. Diesen Dialog haben wir während meines Besuches im vergangenen Jahr in der Bundesrepublik Deutschland fortgesetzt, und wir haben einen unmittelbaren Kontakt die ganze Zeit hindurch gehalten. In den letzten Tagen hatten wir die Möglichkeit, diesen Dialog zu vertiefen und in ehrlicher Weise alle Dinge zu besprechen und einen Meinungsaustausch bezüglich aller Probleme zu führen. Ich bin bestärkt worden in meiner Überzeugung, daß Herr Helmut Schmidt sehr zutiefst engagiert ist an der Frage der Schaffung neuer Beziehungen mit Polen und mit den Polen. Davon hat sich die polnische Bevölkerung überzeugt, die sehr aufmerksam die Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland verfolgt.

Ich weiß, daß der Herr Bundeskanzler in dieser Frage ganz und zutiefst persönlich emotional engagiert ist, daß er mutig ist und entschieden die Sachen angeht. Das ist sehr wichtig für die gegenwärtigen und zukünftigen Beziehungen zwischen unseren Ländern. Das erleichtert die Gestaltung dieser Beziehungen und fördert die Zusammenarbeit beider Staaten in der Festigung der Sicherheit und des Friedens in Europa. Der Besuch des Herrn Bundeskanzlers wird mir auf Dauer im Gedächtnis bleiben als Ereignis von großem Gewicht in den gegenwärtigen Beziehungen zwischen unseren beiden Völkern.

Schmidt: Meine Damen und Herren! Der Erste Sekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Herr Edward Gierek, hat unseren Besuch im Gesamtzusammenhang der vergangenen Geschichte und im Gesamtzusammenhang der zukünftigen Geschichte bewertet. Ich möchte mich ganz ausdrücklich seiner Bewertung anschließen. Ich hätte alle die Sätze, die er gesprochen hat, genauso oder ähnlich formuliert. Da ich nicht wiederholen will, was Herr Gierek schon gesagt hat, bleibt mir nur übrig, ein paar kleine Ergänzungen hinzuzufügen.

Die ungewöhnliche personelle Breite unserer Delegation, der außer führenden Politikern aus Regierung und Bundestag auch führende Personen der deutschen Industrie und Bankwelt, führende Männer aus dem deutschen gewerkschaftlichen und betrieblichen Leben, führende Personen aus dem geistigen Leben meines Landes und meines Volkes angehören, zeigt, daß sich seit dem Warschauer Vertrag von 1970 die Berührung zwischen beiden Völkern längst nicht nur auf die politischen Spitzen beschränkt, sondern ein breite Ausdehnung gewonnen hat.

Es ist wahr, daß die Politik dabei zunächst den Weg gebahnt hat, sie wird auch in Zukunft die Führung bei dem Aufeinander-Zugehen der beiden Völker ausüben müssen. In dem Zusammenhang spielt jene denkwürdige Nacht in Helsinki eine große Rolle, aber auch der denkwürdige Besuch Ihres Ersten Sekretärs in Bonn im vorigen Sommer. Es ist in diesem Zusammenhang, daß ich unseren heutigen Besuch hier in der Volksrepublik Polen sehe. Irgendwann in der näheren Zukunft wird es wieder zu einem Besuch des Ersten Sekretärs und Ihres Ministerpräsidenten in Deutschland kommen. Wir haben beide Herren heute eingeladen, und die Einladung ist angenommen worden.

Wir haben mit Befriedigung die auf breiter Front sich vollziehende Entfaltung unserer wirtschaftlichen Zusammenarbeit bilanziert und sind sicher, daß von den wirtschaftlichen Gesprächen, die wir in den letzten Tagen in Ihrem Lande geführt haben, auf diesem Felde für die Zukunft zusätzliche Impulse ausgehen werden. Ebenso sind wir sicher, daß von dem Besuch hier in Warschau eine breitere Entfaltung unserer kulturellen Zusammenarbeit ausgehen wird. Wir glauben schließlich, daß die politischen Gespräche, die sich insbesondere auch auf die Rüstungskontrolle und Rüstungsverminderung in Europa bezogen haben, daß auch diese Gespräche ihre schöpferische Wirkung in der Zukunft entfalten werden.

Der Erste Sekretär war so liebenswürdig, in seinen Worten soeben von einem Meilenstein zu sprechen; ich möchte dieses Wort ganz besonders unterstreichen, denn Meilensteine findet man ja an der Straße nur, wenn man die Straße vorangeht. Ich glaube in der Tat, daß wir seit dem Warschauer Vertrag und seit Helsinki schon eine Reihe von Meilen gemeinsam überwunden haben.

Dies kam insbesondere auch in der herzlichen Gastfreundschaft, aber auch in der offenkundigen Anteilnahme der Frauen und der Männer zum Ausdruck, die auf den Straßen von Kattowitz oder Krakau oder Gdynia oder Danzig uns begrüßt haben. Und ich hatte insbesondere bei unserem Aufenthalt in Auschwitz den Eindruck, daß Polen und Deutsche von dem gleichen Gefühlt beseelt waren: daß wir alles tun müssen, auf daß die Schrecken der Vergangenheit sich nie wiederholen können. Es liegt noch manche Meile des gemeinsamen Weges vor uns. Aber ich bin deswegen guten Mutes und voller Vertrauen in die Zukunft. Und ein Teil meines

Vertrauens gründet sich auf das persönlich sehr freundschaftliche Verhältnis, das sich zwischen den führenden Personen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland ergeben hat.

Frage: Herr Bundeskanzler, Sie sagen einerseits, daß Sie während dieser Gespräche über die Angelegenheiten der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland in einem umfassenden historischen Zusammenhang gesprochen haben. Andererseits jedoch wird hier behauptet, daß in der Bundesrepublik eine gewisse historische Lücke besteht, was die Gestaltung der Vergangenheit in den Beziehungen betrifft. Können Sie uns hierüber etwas sagen?

Schmidt: Die Antwort lautet ja, und ich möchte Ihnen dazu drei Beispiele geben. Zum einen glaube ich, daß die Begegnungen zwischen den Parlamentariern, die Begegnung auf dem Deutsch-Polnischen Forum in Bonn -, das im nächsten Jahr in Ihrem Lande fortgesetzt werden soll - die Begegnung zwischen den jungen Menschen beider Völker erheblich dazu beitragen werden, gegenseitig das Verständnis aufzuschließen für die Interpretation der gemeinsamen Geschichte durch die jeweils andere Seite. Zum zweiten möchte ich besonders auf unsere gemeinsame Schulbucharbeit hinweisen, die wir zähe weiter verfolgen werden, gerade um die dort deutlich fühlbaren Schwierigkeiten im Laufe der Jahre mit Erfolg zu überwinden. Alles, was ganz schnell geht, kann auf die Dauer keinen guten Bestand haben. Jedoch eine Sache, die man sich mühsam erarbeitet, hat bessere Aussicht auf Dauer. Bei dem dritten Beispiel muß ich Herrn Babiuch um Erlaubnis bitten. Ich habe nämlich Herrn Babiuch erzählt, daß es mir schwergefallen ist, in deutscher Sprache ein Buch zu finden, das aus der Feder von Polen für polnische Leser über die polnische Geschichte geschrieben ist. Und wenn ich indiskret sein darf, Herr Babiuch, dann will ich

hier erzählen, daß wir den Versuch machen wollen - wir sind beide nicht Verleger -, aber wir wollen den Versuch machen, ein aus polnischer Feder für polnische Leser geschriebenes Buch über die Geschichte Polens ins Deutsche zu übersetzen und für deutsche Leser verfügbar zu machen. Falls uns dies gelingen sollte, wäre es die direkteste Antwort, die auf Ihre Frage möglich ist.

Frage: Herr Bundeskanzler welche weiteren Bereiche sehen Sie für die weitere Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern, welche Perspektiven eröffnen sich da im Moment für die Zukunft?

Schmidt: Herr Woyna, ich glaube, daß in der gemeinsamen Erklärung, daß in dem wirtschaftlichem Memorandum, auch in dem Protokoll, daß in dem Kulturabkommen, das wir heute verabschieden, gute Grundlagen gelegt sind für die Entfaltung der weiteren Zusammenarbeit. Wir haben nicht in diesen Tagen große neue spektakuläre Projekte in die Welt setzen wollen, sondern wir waren der Meinung, daß die Fortsetzung der Entspannungspolitik, die am Anfang soviel Mut erfordert hat, daß die Fortsetzung und die Durchführung nun vor allem Stetigkeit und Zähigkeit verlangt. Und ich wiederhole gern ein Wort, das ich vor ein paar Tagen vor dem Forum Ihres Außenpolitischen Instituts verwandt habe, nämlich Stetigkeit und Zähigkeit in der Arbeit am Montag, am Dienstag, am Mittwoch, am Donnerstag, am Freitrag, am Sonnabend und am Sonntag! Und eben nicht nur die Beschränkung auf die großen Reden am Sonntag.

Frage: Herr Bundeskanzler, Sie haben während Ihres Besuches in Warschau gesagt, daß auch die Opposition in der Bundesrepublik Deutschland an einem Ausgleich mit Polen interessiert sei. Wie beurteilen Sie die Tatsache, daß wir während Ihres Besuches aus dem Munde der Opposition in diesen Tagen nicht ein einziges gutes Wort gehört haben? Ist das nicht zu bedauern?

Schmidt: Ich muß Ihnen bekennen, daß ich die deutsche Presse während unseres Besuches hier in Polen nicht habe verfolgen können. Aber generell ist es bei uns so, daß freundliche Worte nur sehr klein gedruckt werden, und unfreundliche Worte werden sehr groß gedruckt. Und deswegen bitte ich Sie herzlich, sich nicht zu einem falschen Eindruck verleiten zu lassen. Ich bin ganz sicher, daß eine weit überwiegende Mehrheit aller Frauen und Männer in der Bundesrepublik Deutschland mit dem Herzen wie auch mit dem Verstand nicht nur unsere hiesige Arbeit in den letzten drei und vier Tagen, sondern ebenso auch unsere zukünftige, auf Jahre und Jahrzehnte in der Zukunft berechnete Arbeit mit guten Wünschen, mit großen Hoffnungen und mit großer Zuversicht begleiten.

Frage: Herr Erster Sekretär, die Zusammenarbeit zwischen Universitäten, zwischen der Universität Warschau und der Universität Bonn – dafür ist ein Kooperationsvertrag vorgesehen als Modellvertrag für ähnliche Abkommen zwischen anderen Universitäten. Ist auch über dieses Thema gesprochen worden, sehen Sie Aussichten dafür?

Gierek: Wir haben nicht konkret gesprochen über die Zusammenarbeit zwischen Universitäten. Wir haben in allgemeiner Form gesprochen über all das, was in dem Bereich der Kultur, der Bildung, der Wissenschaft die Menschen und die Völker näherbringt zueinander. Wir Polen sind an einem solchen allseitigen Austausch interessiert und unterstützen das auch.

Frage: Ich habe eine Frage an den Herrn Ersten Sekretär. Sie haben, Herr Erster Sekretär, soeben gesagt, daß Sie zufrieden sind über den Besuch des Herrn Bundeskanzlers in Polen. Meine Frage geht ein bißchen weiter. Wie beurteilen Sie, Herr Erster Sekretär, diesen Besuch im Hinblick auf den weiteren Normalisierungsprozeß zwischen unseren beiden Ländern?

Gierek: Ich muß sagen, daß der Besuch des Herrn Bundeskanzlers Schmidt in Polen für mich eine symbolische Bedeutung hat, denn es handelt sich hierbei um den ersten offiziellen Besuch eines Bundeskanzlers in Polen nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Außerdem möchte ich zweitens betonen, daß Herr Bundeskanzler Helmut Schmidt persönlich der Miterbauer aller Vereinbarungen ist, die wir in den letzten zweieinhalb Jahren erfolgreich verwirklicht haben.

Drittens möchte ich hinzufügen, daß sich bei diesem Besuch wiederholt bestätigt hat, daß Herr Bundeskanzler Schmidt persönlich ganz stark engagiert ist bei der Realisierung aller jener Vereinbarungen, die wir in der Vergangenheit miteinander geschlossen haben, und aller jener Dinge, die wir noch in Zukunft miteinander tun werden. Daher möchte ich hinzufügen und hervorheben, daß es überhaupt keinem Zweifel unterliegt. daß alle Dokumente, die wir hier miteinander während des Besuches des Herrn Bundeskanzlers unterschrieben haben, auch voll und ganz realisiert werden. Wir haben gegenüber Herrn Bundeskanzler Schmidt und seiner Regierung ganz große Achtung in bezug auf die Verwirklichung der bisher geschlossenen Vereinbarungen trotz gewisser Schwierigkeiten, die diese Regierung dabei hat. Wie der Herr Bundeskanzler schon gesagt hat. dieser Weg, besetzt mit Meilensteinen, muß ja von iemandem begangen werden. Und von polnischer Seite aus kann ich lediglich nur versichern, daß wir voll und ganz bereit sind, diesen Weg zu gehen und das zu tun und zu realisieren, was wir beabsichtigen und vorhaben.

Rede von Bundeskanzler Helmut Schmidt beim Mittagessen zu Ehren des Ersten Sekretärs der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Edward Gierek, in Warschau am 25. November 1977

Meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrter Herr Jaroszewicz, verehrter Herr Gierek!

In den letzten vier oder fünf Tagen sind viele Reden gehalten worden, Tischreden, Plenarreden. Herr Gierek hat heute mittag eine ganz ausgezeichnete Rede vor einer gemeinsamen deutsch-polnischen Pressekonferenz gehalten, so daß ich in Schwierigkeiten geriet und nicht wußte, was vielleicht noch hinzuzufügen sein könnte. Deswegen möchte ich heute mittag keine Rede mehr halten, sondern ich möchte meine deutschen Freunde um Erlaubnis bitten, einmal und am Abschluß dieser Reise nur für mich selbst zu sprechen.

Ich habe seit unserer langen Nacht in Helsinki und seit Ihrem Besuch in Hamburg und in Bonn meinem Gegenbesuch in Warschau mit großer innerer Spannung entgegengesehen. Sie wissen, daß wir uns damals in Helsinki zwar streitig miteinander verhandelnd unterhalten mußten, aber daß wir gleichwohl voneinander gespürt haben, daß wir uns nicht nur vom Verstande her, sondern auch vom Herzen her einigen wollten. Diese nicht nur aus der politischen Urteilskraft des Verstandes, sondern ebenso aus dem Herzen kommenden Zielsetzungen des Aufeinander-Zugehens haben sich in den dazwischen liegenden Jahren bestätigt, und sie haben für mich persönlich in diesen Tagen in der Volksrepublik Polen und in Ihrer Hauptstadt und im Umgang mit Ihnen und mit Ihren Mitarbeitern und Genossen eine große Vertiefung erfahren.

Als Politiker weiß man nicht so ganz genau, wie groß der eigene Beitrag zur Geschichte wirklich ist. Das wissen auch die Zeitgenossen nicht so genau, das werden später vielleicht Geschichtsschreiber besser beurteilen können. Aber ein ganz bestimmtes Gefühl habe ich heute doch, nämlich daß wir Deutschen, die auf Ihre Einladung hin Sie und das polnische Volk eine Woche lang besuchen durften, daß wir in der Tat ein ganz klein bißchen haben beitragen können zum besseren gegenseitigen Verständnis zwischen beiden Völkern. Und darauf bin ich zugleich ein wenig stolz, und dafür bin ich zugleich sehr dankbar.

Ehe ich aber Ihnen, verehrter Herr Gierek, meinen Dank sage, möchte ich in diesen Dank ausdrücklich die vielen Polen einschließen, die hier heute mittag an diesem Tisch versammelt sind. Manche von Ihnen kennt man schon seit zehn oder zwölf Jahren und weiß, wie lange sie daran mitgewirkt haben, daß ein solcher Besuch so möglich geworden ist. Ich möchte mich bei diesen polnischen Nachbarn ganz besonders herzlich bedanken. Aber ich möchte mich auch sehr herzlich bei denen bedanken, die in den letzten Jahren in der Vorbereitung des Warschauer Vertrages, in der Aushandlung dieses Vertrages, seit dem Abschluß dieses Vertrages, in den Verhandlungen vor und nach Helsinki und in der Vorbereitung dieses Besuches auf allen Seiten mitgewirkt haben.

Es wird sicherlich auch in Zukunft nicht ohne Verschiedenheiten der Interessen unserer beiden Staaten abgehen können. Es wird auch in Zukunft manchmal wieder schwierig sein können. Dies ist das normale Leben in der Politik. Aber ich sehe dieser zukünftigen Entwicklung mit großer innerer Gelassenheit und großer innerer Zuversicht entgegen, weil ich in zunehmender Weise das Gefühl, die Gewißheit empfinde, daß wir einen immer noch größer werdenden Vorrat an gegenseitigem Vertrauen zu schaffen im Begriffe sind mit Hilfe dessen wir auch Schwierigkeiten in der Zukunft sicher werden überwinden können.

Ich möchte Ihnen sagen, daß ich durch diesen Besuch tief bewegt bin, und ich möchte Ihnen, lieber Herr Gierek, ganz persönlich dafür ganz herzlich danken und ebenso Herrn Jaroszewicz und allen Ihren Mitarbeitern und Freunden und insbesondere Herrn Babiuch. Ich bin ganz sicher, daß ich diesen Dank nun allerdings auch im Namen aller meiner deutschen Freunde und Begleiter aussprechen darf.

Ich möchte Sie bitten, mit mir zu trinken auf den Frieden zwischen unseren beiden Völkern und auf eine glückliche Zukunft.

Rede des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei Edward Gierek bei einem in Warschau ihm zu Ehren gegebenen Essen am 25. November 1977

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, sehr geehrte Frau Schmidt, meine Damen und Herren!

Ich möchte Ihnen sehr herzlich für die freundlichen Worte danken, die Sie an uns persönlich und an unser Volk gerichtet haben. Wir danken Ihnen, daß Sie diese Worte hier uns gegenüber geäußert haben. Gleichzeitig möchte ich Sie um Entschuldigung dafür bitten, daß wir uns bemüht haben, Ihnen so viel zu zeigen; Ihnen zu zeigen, was unser Volk erreicht hat, was wir gegenwärtig darstellen und besitzen, wieviel wir geschafft haben. Ganz gewiß war es uns nicht möglich, Ihnen

alles zu zeigen.

Was wir Ihnen vor allem nicht zeigen konnten, das waren die großen psychologischen Wandlungen, die sich im polnischen Volk, insbesondere gegenüber dem deutschen Volk vollzogen haben. Tatsache ist, daß der Normalisierungsprozeß, den wir 1970 begonnen und danach in Helsinki und bei unseren darauffolgenden Begegnungen fortgesetzt haben, allgemein betrachtet gut verläuft. Es ist aber auch nicht verwunderlich, daß es bei unserer Bevölkerung noch gewisse Vorbehalte gibt. Dessenungeachtet müssen wir mit aller Entschiedenheit feststellen, daß unsere Bevölkerung den Blick in die Zukunft richtet und die gegenseitige Annäherung wünscht. Es gibt ja schließlich auch keine andere Alternative als nur den Frieden und friedliche, nachbarliche Beziehungen. Sie, Herr Bundeskanzler, haben in verschiedenen Äußerungen auf das hingewiesen, was in der Vergangenheit Deutsche und Polen getrennt, aber auch miteinander verbunden hat. Ich stimme Ihnen zu,

Herr Bundeskanzler, daß es in der Vergangenheit Epochen gegeben hat, die schmerzlich und dunkel waren, aber auch Zeiten, in denen Deutsche und Polen gut zusammengelebt und bewiesen haben, daß sie fähig sind, diese Beziehungen positiv zu gestalten.

Ich kann weder Ihnen noch den hier Versammelten versprechen, daß unsere künftigen Beziehungen sich mustergültig entwickeln werden, und daß diese Beziehungen sich nur auf die guten Kapitel der Geschichte, die Sie erwähnt haben, stützen werden. Aber ich kann Ihnen, Herr Bundeskanzler, versichern, daß wir alle, auch die hier anwesenden Polen, bemüht sein werden, diese Beziehungen mit dem Ziel zu formen, eine friedliche Zusammenarbeit in einer Atmosphäre des Vertrauens und der gegenseitigen Annäherung zu gestalten.

Im Grunde genommen haben wir bereits im Jahre 1970 einen Anfang gemacht. Aber wenn man die Dinge richtig betrachtet, so ist dieser Anfang in der richtigen Weise erst in Helsinki gemacht worden. Sie haben jene schlaflose Nacht und die Gespräche erwähnt, die wir damals miteinander geführt haben. Ich meine, man kann dies auch ein wenig anders darstellen. Ich möchte sagen, daß dies offene Gespräche darüber waren, worüber im stillen bereits gesprochen worden war, und es ist auch Ihr Verdienst, daß Sie gerade solche offenen Gespräche führen wollten. Ich glaube, daß wir Polen als Ihre Gesprächspartner Ihre Hoffnungen nicht enttäuscht haben. Es war gut, daß wir offen miteinander über unsere gegenseitigen Beziehungen gesprochen haben, denn die Ergebnisse, über die wir hier während Ihres Besuches Bilanz gezogen haben, sind positiv und ermutigend. Und immer, wenn es notwendig ist, sollten wir offene Gespräche miteinander führen, um das Ziel zu erreichen, welches wir gemeinsam anstreben. Wir sind uns voll und ganz der Tatsache bewußt, daß die Probleme und die Ziele, deren Lösung bzw. Erreichung wir uns bereits früher und auch jetzt während Ihres Besuchs vorgenommen haben, keinesweg einfach sind,

Aber wenn wir auf beiden Seiten guten Willen zeigen, dann werden wir mit Sicherheit bei unserer nächsten Begegnung in der Lage sein, uns gegenseitig neue positive Ergebnisse vorzuweisen. Ich möchte Ihnen, Herr Bundeskanzler, sagen, daß ich den positiven und guten Kontakt, den wir in Helsinki miteinander aufgenommen haben, besonders hoch zu schätzen weiß.

Ich meine, daß wir auch weiterhin diesen Kontakt pflegen sollten. Wir sollten diese Verbindung aufrecht erhalten, damit sie unseren Anstrengungen, unseren Bemühungen und den Kontakten zugute kommt, die wir uns wünschen – den Kontakten zwischen unseren Staaten und unseren Völkern.

Indem ich Ihnen, Herr Bundeskanzler, nochmals sehr herzlich für den Besuch danke, den Sie uns abgestattet haben, möchte ich Ihnen auch für den Verlauf dieses Besuches, so wie er vonstatten gegangen ist, danken. Ich möchte mir daher erlauben, mein Glas zu erheben und auf Ihr persönliches Wohlergehen, auf das Wohl Ihrer Frau Gemahlin, auf eine friedliche Zukunft der Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland, auf eine bessere Zusammenarbeit, auf die Vertiefung des gegenseitigen Verständnisses und auf den Frieden zwischen den Völkern Europas und in der ganzen Welt trinken.

Gemeinsame Erklärung

I.

Der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Schmidt, und der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Edward Gierek, zogen eine Gesamtbilanz der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen und brachten ihre Befriedigung darüber zu Ausdruck, daß auf vielen Gebieten wesentliche Fortschritte erzielt worden sind.

Beide Seiten haben dabei die grundlegende Rolle des Vertrages vom 7. Dezember 1970, die große Bedeutung der Vereinbarungen vom 9. Okober 1975, der Gemeinsamen Erklärung vom 11. Juni 1976 sowie ihrer vollen Verwirklichung für die erfolgreiche Fortsetzung des Normalisierungsprozesses und die weitere Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen unterstrichen.

Sie bekräftigten ihre Entschlossenheit, auf der Grundlage des Vertrages und der Vereinbarungen weitere Anstrengungen zur umfassenden Entwicklung und Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen zu unternehmen.

In diesem Zusammenhang betonten beide Seiten nochmals die in der Gemeinsamen Erklärung vom 11. Juni 1976 festgehaltene Absicht, den politischen Dialog und die gegenseitigen Konsultationen über bilaterale und multilaterale Themen zu verstärken. Sie unterstrichen die Bedeutung von Begegnungen auf höchster Ebene für die Formulierung der Leitlinien und für die Vermittlung neuer Impulse bei der weiteren Entwicklung der Beziehungen und einer für beide Seiten nützlichen Zusammenarbeit. Beide Seiten bewerteten die bisherige Entwicklung von Kontakten zwischen gesellschaftlichen Gruppen und den Menschen in beiden Ländern positiv und sprachen sich für eine weitere

Förderung dieser Kontakte aus. Angesichts der positiven Wirkungen des ersten Treffens des Forums von Politikern, Wirtschaftlern, Wissenschaftlern und Publizisten beider Länder, das vom 13. bis 16. Juni 1977 in Bonn stattgefunden hat, begrüßten beide Seiten die Absicht, das nächste Zusammentreffen im Jahre 1978 in der Volksrepublik Polen abzuhalten. Sie befürworteten die Anregung, zusätzlich ein Forum der Jugend beider Länder zu schaffen.

Beide Seiten unterstrichen erneut die Bedeutung, die sie der Erweiterung und Vertiefung der wirtschaftlichen und industriellen Zusammenarbeit beimessen, die einer der Grundpfeiler der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen ist. Sie beurteilten die in der bisherigen Zusammenarbeit erzielten Ergebnisse positiv und betonten die Bereitschaft, auch in Zukunft ihre besondere Aufmerksamkeit auf die Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen und die Intensivierung der industriellen Zusammenarbeit zu richten. Sie stellten mit Befriedigung fest, daß sich der beiderseitige Warenverkehr im vergangenen und im laufenden Jahr positiv und mit einem anhaltenden Trend zu größerer Ausgewogenheit entwickelt hat. Sie bestätigten die Notwendigkeit weiterer tatkräftigen Zusammenwirkens mit dem Ziel, die Struktur des Warenaustausches zu verbessern und die Handelsbilanz zwischen beiden Ländern bei steigender Tendenz des Handelsvolumens ausgeglichener zu gestalten. Möglichkeiten hierfür sahen sie insbesondere auf Grund der Ergänzungsfähigkeit der Volkswirtschaften beider Länder.

Beide Seiten würdigten die Fortschritte im Bereich der industriellen Kooperation seit dem Besuch des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Edward Gierek, in der Bundesrepublik Deutschland im vergangenen Jahr, vor allem die eingeleitete Verwirklichung eines Projekts im Kupferbereich sowie den Fortschritt bei der Vorberei-

tung von Projekten im Bereich der chemischen Verarbeitung von Kohle.

In diesem Zusammenhang unterstrichen sie die Bedeutung langfristiger und breit angelegter Wirtschaftsprojekte, die in beiden Ländern durchgeführt werden, für eine Intensivierung der wirtschaftlichen und industriellen Zusammenarbeit, wie sie in dem Abkommen vom 1. November 1974 über die Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit, dem Langfristigen Programm vom 9. Oktober 1975 für die Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit und dem Abkommen vom 11. Juni 1976 über die weitere Entwicklung der Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet angestrebt wird. Beide Seiten unterstrichen die Bedeutung, die der Tätigkeit der Gemischten Regierungskommission und ihrer Fachgruppen in diesem Bereich zukommt.

Bei der Betrachtung des gegenwärtigen Standes der Wirtschaftsbeziehungen und ihrer Perspektiven stellten beide Seiten fest, daß trotz der günstigen Entwicklung bisher nicht alle Möglichkeiten in diesem Bereich genutzt worden sind.

Beide Seiten brachten ihr besonderes Interesse und ihre Bereitschaft zum Ausdruck, die Entwicklung der Kooperation zwischen Unternehmen insbesondere in folgenden Industriezweigen zu unterstützen: Maschinenbau, Chemiesektor, Hüttenwesen, Energiebereich, Automation, Land- und Ernährungswirtschaft, Holzindustrie, Förderung und Verarbeitung von Rohstoffen. Möglichkeiten der Kooperation bestehen auch bei der Herstellung von Schiffsausrüstungen und im Bauwesen.

Beide Seiten wollen ebenfalls die Entwicklung der Zusammenarbeit auf Drittmärkten fördern, insbesondere bei der Errichtung von Industrieanlagen und bei Vorhaben für die wirtschaftliche Infrastruktur

Beide Seiten sind der Auffassung, daß das Memorandum über die Erweiterung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen mittleren und kleineren Unterneh-

men der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen, das während des Besuchs des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Schmidt, in der Volksrepublik Polen unterzeichnet wurde, die Beteiligung mittlerer und kleinerer Unternehmen beider Länder an der Unternehmenskooperation fördern und erleichtern wird.

Beide Seiten unterstrichen auch die Notwendigkeit, sich um eine möglichst weitgehende Förderung der Kooperationsvorhaben zu bemühen. Sie bleiben demgemäß bemüht, alle Schwierigkeiten, die der weiteren Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit entgegenstehen, im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und Möglichkeiten zu beseitigen.

Beide Seiten sind der Auffassung, daß die Zusammenarbeit in Europa auf dem Gebiet der Energie gefördert und ausgebaut werden sollte. Das gilt vor allem für die Energieproduktion und für den internationalen Transport von Energie. Das würde auch die bilaterale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Energiewirtschaft begünstigen, für die der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Schmidt, und der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Edward Gierek, Interesse bekundeten.

Beide Seiten streben eine Zusammenarbeit im Bereich der wissenschaftlichen Forschung und technologischen Entwicklung an. Sie sind der Ansicht, daß hierzu der Abschluß eines Regierungsabkommens zweckdienlich wäre.

Beide Seiten unterstrichen die Bedeutung der kulturellen Beziehungen für das gegenseitige Kennenlernen und das bessere Verstehen zwischen beiden Völkern. Sie stellten fest, daß sie sich günstig entwickeln. Beide Seiten sind der Auffassung, daß das in Kraft getretene Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit eine wesentliche Grundlage für den weiteren Ausbau der kulturellen Beziehungen schafft.

Beide Seiten haben mit Befriedigung festgestellt, daß das Bemühen um ein besseres gegenseitiges Kennenlernen zu einer zunehmenden Zahl kultureller Veranstaltungen und zu einer Erweiterung der Formen der Unterrichtung über das kulturelle Leben des anderen Landes führt. Sie wollen diese Bestrebungen in beiden Ländern weiter fördern.

Beide Seiten brachten ihre Überzeugung zum Ausdruck, daß eine von Vorurteilen freie Erziehung der jungen Generation im Geiste gegenseitiger Wertschätzung und gegenseitigen Verstehens eine der wesentlichen Bedingungen für das erfolgreiche Zusammenleben beider Völker ist. Sie betonten die wichtige Rolle, die hierbei den Schulen und den Erziehern zukommt. Beide Seiten würdigten die vor kurzem der Öffentlichkeit vorgelegten Empfehlungen der gemeinsamen Schulbuchkommission und in diesem Zusammenhang auch die in beiden Ländern erzielten Fortschritte bei der Berücksichtigung der Empfehlungen in der Schulpraxis. Sie hielten jedoch weitere intensive Anstrengungen zur Erreichung des gemeinsamen Ziels einer vorurteilsfreien, auf gegenseitiges Verstehen gerichteten Erziehung der Jugend für notwendig. Sie brachten ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, in dieser Richtung alles zu tun, was in ihren Kräften steht.

Beide Seiten betonten die entscheidende Bedeutung eines zunehmenden Verständnisses zwischen der jungen Generation beider Völker für die Zukunft der gegenseitigen Beziehungen. Sie begrüßten die weitere Entwicklung der Kontakte zwischen der Jugend und ihren Organisationen in beiden Ländern, insbesondere die inzwischen begonnene Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Bundesjugendring und der Föderation der Sozialistischen Jugendverbände Polens. Sie bekräftigten ihre in der Gemeinsamen Erklärung vom 11. Juni 1976 ausgedrückte Absicht, eine Vereinbarung über den Jugendaustausch abzuschließen und die Einrichtung gemeinsamer Jugendbegegnungsstätten zu fördern.

Beide Seiten brachten ihre Überzeugung zum Ausdruck, daß der Ausbau der Rechts- und Vertragsgrundlagen in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen die weitere Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen auf allen Gebieten günstig beeinflussen kann. Sie kamen überein, in nächster Zeit Gespräche zwischen den Rechts- und Konsularabteilungen beider Außenministerien zu führen.

Beide Seiten unterstrichen, daß sie großes Gewicht auf die Bildung eines umfassenden und objektiven Partnerbildes in beiden Völkern legen. Sie drückten ihre Zuversicht aus, daß die zunehmende Sachlichkeit der Berichterstattung über die gegenseitigen Beziehungen und das jeweils andere Land sich fortsetzt und festigt. Sie sind der Ansicht, daß dieses der Schaffung eines Klimas der guten Nachbarschaft dient und für die Lösung der Aufgaben günstig sein wird, die die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen sich gemeinsam in dem Werk der Vertiefung der beiderseitigen Beziehungen, der Sicherung des Friedens und der Sicherheit in Europa stellen. Sie erklären ihre Bereitschaft und Entschlossenheit, alle Möglichkeiten entschieden zu nutzen, um in dieser Richtung zu wirken.

II.

Der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Schmidt, und der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Edward Gierek, erörterten ausführlich die internationale Lage. Im Vordergrund des Meinungsaustauschs standen Fragen der Entspannung und der Abrüstung. Beide Seite bekräftigten den festen und unveränderlichen Willen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen, durch ihr Handeln in den internationalen Beziehungen der Sicherung eines dauer-

haften Friedens, der Festigung der Sicherheit sowie der allseitigen Entwicklung einer gleichberechtigten und gegenseitig vorteilhaften internationalen Zusammenarbeit zu dienen

Sie gingen davon aus, daß der Prozeß der Entspannung seine bestimmende Rolle in den internationalen Beziehungen beibehält. Sie stimmten darin überein, daß er eine günstige Grundlage für die Intensivierung der allseitigen Zusammenarbeit zwischen den Staaten, ungeachtet ihrer gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Ordnung schafft. Es wurde dabei der Überzeugung Ausdruck verliehen, daß die weitere Festigung dieser günstigen Tendenzen konsequenter Anstrengungen aller Staaten bedarf.

Beide Seiten waren sich über das in der Schlußakte von Helsinki niedergelegte Ziel einig, den Prozeß der Entspannung zu erweitern, zu vertiefen und ihn fortschreitend und dauerhaft zu machen.

Der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Helmut Schmidt, und der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Edward Gierek, unterstrichen die historische Bedeutung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und ihrer Schlußakte. Sie stimmten darin überein, daß die strikte Beachtung der Grundsätze über die Beziehungen der Teilnehmerstaaten und die volle Verwirklichung der Bestimmungen der Schlußakte in ganz Europa die Grundlage für einen dauerhaften Frieden und eine breite Entwicklung der Zusammenarbeit bilden. Sie treten daher dafür ein, daß die Schlußakte der KSZE in ihrer Gesamtheit, sowohl in den bilateralen als auch in den multilateralen Beziehungen, verwirklicht wird. Beide Staaten werden sich für die breite Entwicklung der wirtschaftlichen, gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit auf dem europäischen Kontinent einsetzen, wozu auch der Abschluß einer Übereinkunft über die Grundlagen der Zusammenarbeit zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe dienen würde.

Beide Seiten brachten ihre Hoffnung zum Ausdruck, daß das Belgrader KSZE-Folgetreffen positive Ergebnisse bringen wird und daß es zur Intensivierung des Entspannungsprozesses sowie zur weiteren Entwicklung der allseitigen Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmerstaaten der KSZE beitragen wird. Beide Staaten werden hieran tatkräftig mitwirken und zur Erreichung dieses Zieles zusammenarbeiten.

Der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Schmidt, und der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Edward Gierek, betonten den Grundsatz, daß die politischen und militärischen Aspekte der Sicherheit sich ergänzen müssen. Angesichts der wachsenden Notwendigkeit von Fortschritten bei der Abrüstung und Rüstungsbegrenzung und der Unterstützung der entsprechenden internationalen Anstrengungen beschlossen beide Seiten im Bewußtsein ihrer Verantwortung für die Festigung des Friedens einen Meinungsaustausch über diese Themen zwischen beauftragten Vertretern ihrer Regierungen.

Der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Schmidt, und der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Edward Gierek, wandten sich gegen die Fortsetzung des Rüstungswettlaufs, der die außerordentlich gefährliche und kostspielige Gestalt eines technologischen Wettlaufs annimmt. Sie unterstrichen den entschiedenen Willen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen, ständig darauf hinzuwirken, daß das Wettrüsten in der Welt beschränkt und eingestellt wird. Sie betonten die Notwendigkeit von konkreten Schritten in Richtung auf eine allgemeine und vollständige Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle.

Die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen unterstrichen die besondere Bedeutung, die die Gespräche zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer Waffen für die Sicherung des Weltfriedens haben, und sie brachten die Hoffnung zum Ausdruck, daß sie in Kürze zu positiven Ergebnissen führen werden.

Beide Seiten unterstrichen die wichtige Rolle, die den Wiener Verhandlungen über die gegenseitige Verminderung von Streitkräften und Rüstungen und damit zusammenhängenden Maßnahmen in Mitteleuropa beim Prozeß der Entspannung in Europa zukommt. Sie sind entschlossen, zum Erfolg dieser Verhandlungen beizutragen, deren Ergebnisse den Sicherheitserfordernissen aller Beteiligten entsprechen müssen und zu stabileren Beziehungen beitragen sollen.

Die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen begrüßen den Beschluß, eine Sondersitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen über Abrüstung einzuberufen, und sind entschlossen, einen Beitrag zu ihrer Vorbereitung und ihrem konstruktiven Verlauf sowie zur Herbeiführung wesentlicher Ergebnisse zu leisten, die dazu dienen können. die Verhandlungen zu intensivieren sowie bei der Lösung der Abrüstungsprobleme zu helfen. Sie drücken die Hoffnung aus. daß die Sondersitzung weitere Abrüstungsgespräche in weltweitem Rahmen unter Beteiligung aller Mitglieder der Vereinten Nationen fördert.

Der Gefahr für die Sache des Friedens und der internationalen Sicherheit bewußt, die die mögliche Verbreitung von Kernwaffen mit sich bringt, sind beide Seiten entschlossen, alle Bestimmungen des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen strikt einzuhalten und sich für eine universale Geltung dieses Vertrages einzusetzen.

Beide Seiten werden auch weitere Bemühungen unterstützen, die geeignet sind, die Verbreitung von Kernwaffen zu verhindern, ohne die friedliche Nutzung von Kernenergie zu beeinträchtigen.

Beide Seiten betonten die große Bedeutung eines umfassenden Verbots von Kernwaffenversuchen. Sie unterstützen die entsprechenden Bemühungen und drücken ihre Hoffnung aus, daß die laufenden Verhandlungen über diese Frage und über ein Moratorium für unterirdische Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken erfolgreich abgeschlossen werden.

Die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen haben ihre entschlossene Unterstützung für die Ziele und Grundsätze, die in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt sind, zum Ausdruck gebracht und sich für eine ständige Stärkung der Vereinten Nationen und ihrer positiven Rolle bei der Lösung von Konflikten und bei der Schaffung von Grundlagen für eine gerechte internationale Zusammenarbeit ausgesprochen, die die Interessen aller Seiten berücksichtigt.

Beide Seiten erklärten ihre Absicht, die Teilnahme der Entwicklungsländer an der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage gleichberechtigter Partnerschaft zu fördern und zum wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt dieser Länder nach besten Kräften beizutragen.

Beide Seiten stimmen darin überein, daß es notwendig ist, die weitere internationale Zusammenarbeit, insbesondere in den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen, zu verstärken, die der Ausarbeitung wirksamer Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Zivilluftfahrt, zur Verhütung und Bekämpfung der Luftpiraterie sowie der Geisel-

nahme dient.

Beide Seiten brachten ihre Zufriedenheit über den in bilateralen und internationalen Angelegenheiten geführten umfassenden Meinungsaustausch zum Ausdruck. Sie sind überzeugt, daß der Besuch des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Schmidt, in der Volksrepublik Polen wesentlich zur Ent-

wicklung der Beziehungen zwischen beiden Ländern, zur Vertiefung ihrer Zusammenarbeit und zur Festigung des gegenseitigen Vertrauens sowie zur Stärkung der Entspannung und Zusammenarbeit in Europa beigetragen hat.

Warschau, den 25. November 1977

Helmut Schmidt

Edward Gierek

Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland Erster Sekretär des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei